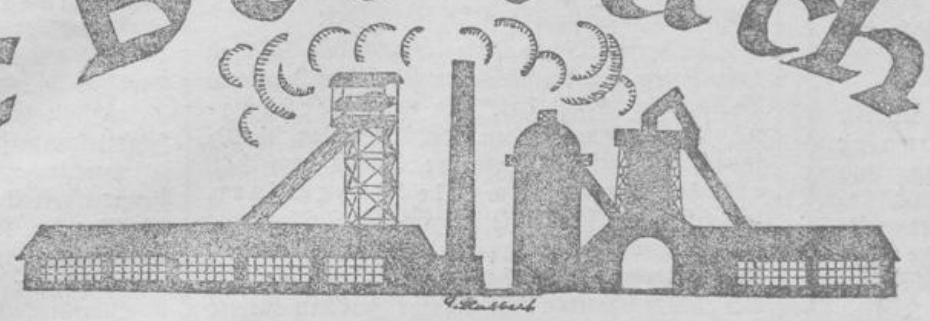
Werbenummer. Auflage 8000.

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 29. Juli 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 30**

Das Vaterland über die Partei!

Aus der Revolution zur Volksgemeinschaft!

Von Hermann Klingspor.

Jede Revolution hat sich zunächst innerstaatlich ausgewirkt, indem sie Bestehendes stürzte. Dann erst außenpolitisch, indem sie aus dem zerschlagenen Staatsgebäude heraus die echten, gesunden Volkskräfte loslöste, sie zusammenfaßte zu außenstaatlicher Wirkung und so wieder einen kraftvollen Staat aufrichtete.

Je schneller diese Entwicklung und je weniger von an sich unausbleiblichen Rückschlägen begleitet, umso besser für ein Volk! Ihr Ende hat jede Revolution erreicht und in gewissem Sinn dann auch ihre Gegner mit sich ausgesöhnt in dem Augenblick, wo sie die bisher gegeneinander wütenden Volksteile zusammengeführt hat zu völkischer Geschlossenheit, staatsbürgerlichem Gemeinschaftsgefühl und staatlichem Machtwillen.

Die deutsche Revolution von 1918 ist noch nicht so weit; wir befinden uns noch mitten in ihr; das beweisen die innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit. Noch ringen im inneren Kampf miteinander: Kristokratie und Demagogie, Herrschaft der Besten, Tüchtigsten und Befähigsten und Herrschaft der Führer der Masse, der Demagogen, der Parteihäuptlinge. Dies im politischen Kampf; im Wirtschaftsleben aber heißt der Gegensatz: Kapitalismus und Sozialismus oder Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft. Nie aber darf er in Politik und Wirtschaft heißen: Bürgertum und Arbeiterschaft. An den Toren aber steht der Feind, und die Einheit des Reiches, allein uns geblieben, droht dahinzusinken. Doch wenn die Not am größten, dann müssen die Urkräfte eines Volkes ans Werk oder es wird ausgetilgt aus der Geschichte der Völker. Das aber kann kein Deutscher wollen!

Deshalb gilt es, die deutsche Revolution, bisher eingestellt auf außenpolitische Passivität und innenpolitische Aktivität im Kampfe der Volksgenossen gegeneinander, herumzureißen im Inneren zur Volksversöhnung und nach außen zu staatlichem Machtwillen.

Dazu rufen wir auf alle, die Heimaterde und deutsches Leidensvolk mit heißen Sinnen lieben:

„Laßt in dieser schwersten Notzeit die Selbstzerfleischung, schließt die Reihen, deutsche Schwestern und deutsche Brüder, zu einer echten, wahren und starken Volksgemeinschaft!"

Dann werden wir aus Not und Leid Volk und Land einer besseren Zukunft entgegenführen! Dann auch wird die Revolution von 1918 ihr Ende erreicht haben und am Anfang einer besseren, schöneren Zeit stehen:

„des deutschen Volkes, durch keine Grenzen gehemmte starke, entschlossene und herrliche Notgemeinschaft."

Dr. Stresemann spricht am 7.

Deutsches Wesen besteht seit alters her in dem Streben nach freier Entfaltung des Einzelnen und seiner Eigenart im Rahmen der vom Gemeinsinn beherrschten Volksgesamtheit. Deutsches Wesen zu pflegen und ihm Geltung und Achtung in der Welt zu erringen, ist das Bestreben der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei vertritt daher auf der Grundlage nationaler Staatsgesinnung die Vertiefung und Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken. Sie ruft alle geistigen und sittlichen Kräfte des deutschen Volkes auf zur Mitarbeit an einer inneren Erneuerung von Volksleben und Staat auf Grund voller Gleichberechtigung, ernster Pflichterfüllung und echter Liebe zum Vaterlande.

(Aus den Parteigrundsätzen*)

Die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Staatsform.

Der Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei zur politischen Lage hat teilweise eine ganz falsche Auslegung erfahren. Wer die gesamte Erklärung und die Würdigung über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei im Zusammenhang liest und zu verstehen imstande ist, wird ganz genau wissen, daß dabei von irgendwelchem Aufgeben des im Leipziger Programm enthaltenen Bekenntnisses zum monarchischen Gedanken keine Rede ist.

Staatsform.

Die Deutsche Volkspartei wird den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie im Rahmen ihrer politischen Grundsätze auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten.

Wir fordern die Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weiß-roten Reichsfarben.

Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform.

Es handelt sich hier lediglich darum, wie wir heute aus der furchtbaren Lage, in die wir nicht ohne Mitschuld der Deutschnationalen Volkspartei hineingeraten sind, herauskommen können, ohne daß der Bestand des Reiches und die Zukunft des deutschen Volkes aufs schwerste gefährdet werden. Wie leicht und billig es ist, mit hochtrabenden Redensarten vorzugehen und die Köpfe unreifer Menschen zu verdrehen, haben wir wahrlich genug gesehen. Die Deutsche Volkspartei macht sich ihre Aufgabe nicht so leicht. Für sie kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in einem so ernsten Augenblick der Streit um die Staatsform schweigen muß, wenn es sich darum handelt, den Staat überhaupt zu erhalten.

* * *

*) Die eingerahmten Texte sind aus den Parteigrundsätzen wörtlich entnommen.

In der Sitzung des Reichstags am 18. Juli kam der Abg. Dr. Stresemann auf den Beschluß des Reichsausschusses zu sprechen. Er wies darauf hin, daß unsere Not letzten Endes auf den äußeren Zwang zurückzuführen ist, der auf uns lastet, und der uns entweder gemeinsam dem Abgrund zuführe, oder den wir gemeinsam abwenden müssen, und fuhr dann fort:

„In diesem Sinne bitte ich auch den Beschluß aufzufassen, den der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei gefaßt hat. Es wäre verhängnisvoll, wenn zu den Schwierigkeiten, die die innere Einheit des deutschen Volkes zerreißen, auch der Kampf um die Staatsform treten sollte. (Lebhafte allgemeine Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.) In unserem Aufruf heißt es ausdrücklich, daß wir in der schweren Not unserer Zeit den Kampf um die Staatsform zurückstellen. Auch der auf verfassungsmäßigem Wege auszutragende Kampf kann in der gegenwärtigen Zeit die Ruhe im Innern stören und deshalb kann es nationale Pflicht sein, ihn ruhen zu lassen, ohne daß man im übrigen von seiner Gesinnung das Geringste preisgibt (Stürmische Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Lassen Sie (nach rechts gewandt) sich daran genügen, daß wir jetzt des großen Zieles der Reichseinheit wegen diesen Kampf zurückstellen.

Staatsgewalt.

Eine starke, festgefügte Staatsgewalt — gestützt auf sorgsame Pflege staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins, letzten Endes aber auch auf die unerläßlichen Machtmittel — ist die erste Voraussetzung für eine gedeihliche Entfaltung der deutschen Volkskraft nach außen und innen. Je geringer die Machtmittel des Reiches sind, um so notwendiger ist es, das Pflichtbewußtsein gegen den Staat bis zum Tode, die Manneszucht und Kameradschaft, die Grundpfeiler, auf denen unser deutsches Volksheer aufgebaut war, im deutschen Volke lebendig zu erhalten. Dafür wird die Deutsche Volkspartei allezeit eintreten.

Die Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei nach ihrer Berufsstellung.

Wir geben im folgenden eine Zusammenstellung der sämtlichen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei im neugewählten Reichstag, und zwar in Gruppierung nach ihrer Berufsstellung:

11 Vertreter der Landwirtschaft:

Hofbesitzer Dusche, Isernhagen.
Landwirt Gebhardt, Lauterecken (Pfalz).
Landwirt Harte, Velpe (Kr. Tecklenburg).
Landwirt Dannemann, Tungeln b. Wartenburg i. Oldenburg.
Landwirt Hepp, Seelbach (Hessen-Nassau).
Landwirt und Pfarrer Oertel, Neuenkirch, (Hunsrück).
Landwirt Westermann, Lütgendortmund.
Landwirt Böbrich, Buchenhof b. Roemhild (Sachsen-Meiningen).
Landwirt Zetschke, Seitwann (Niederlausitz).
Landwirt Keubler, Böhm-Molmerswende bei Halle.
Landwirt Mommsen, Marienhof, Kr. Tondern.

12 Vertreter von Industrie und Handel.

Generaldirektor Dr. Vögler, Dortmund.
Dr.-Ing. Sorge, Berlin NW. 7, Sommerstraße 5.
Hugo Stinnes, Mülheim-Ruhr.
Verbandsdirektor v. Raumer, Berlin, Königin Augustastr. 47.
Syndikus Dr. Stresemann, Berlin W. 50, Tauentzinstraße 12a.
Handelskammersyndikus Dr. Quaatz, Essen, Bismarckstraße.
Bergwerksdirektor Albrecht Lühnde, Hannover
Syndikus Dr. Richter, Weimar.
Oberbürgermeister a. D. Dr. Most, Duisburg.
Generalsekretär Dr. Hugo, Berlin-Schöneberg, Innsbruckerstraße 40.
Kaufmann Dr. Kulenkampff, Magdeburg.
Geh. Rat Dr. Riesser, Berlin, Lichtenstein-Allee 4.

4 Vertreter von Handwerk und Gewerbe:

Senator Beythien, Hannover.
Geschäftsinhaber Findeisen, Plauen i. Vogtland.
Malermeister Havemann, Hildesheim.
Klempnerobermeister Tuch, Leipzig.

5 Vertreter der Angestellten und Arbeiterschaft:

Verbandsvorsteher Thiel, Berlin-Westend, Rüsternallee 8.
Bergmann Winnefeld, Günnigfeld, Kr. Gelsenkirchen.
Gewerkschaftssekretär Adams, Essen-Ruhr.
Gewerkschaftsvorsitzender Geisler, Berlin-Siemensstadt, Siemensstraße 35.
Gewerkschaftsvorsitzender Streiter, Berlin N. 58, Schönhauser Allee 130.

5 Beamte, Lehrer und Pfarrer:

Schulrat Beuermann, Hameln,
Pfarrer Dr. Luther, Charlottenburg, Leibnitzstr. 9.
Geh. Rat Dr. Runkel, Schleswig.
Lokomotivführer Seibert, Frankfurt a. M.
Oberpostsekretär Morath, Berlin-Karlshorst, Güntherstraße 14.

8 Juristen und höhere Verwaltungsbeamte:

Staatsminister a. D. Dr. Heinze, Weißer Hirsch, bei Dresden.
Finanzminister a. D. Dr. Becker, Darmstadt.
Oberverwaltungsgerichtsrat Leutheuser, Jena.
Rechtsanwalt Dr. Cremer, Berlin W., Bülowstraße 11.
Rechtsanwalt Dr. Gildemeister, Bremen.
Rechtsanwalt Kempkes, Essen.
Rechtsanwalt Dr. Zapf, Zweibrücken.
Landrat z. D. v. Kardorff, Berlin, Stülerstr. 14.

1 Gemeindebeamter:

Bürgermeister Dr. Marezki, Berlin-Wilmersdorf.

5 Vertreter der freien Berufe:

Stadtverordneter Dr. Curtius, Heidelberg, Bergstraße 46.
Schriftsteller Dr. Mittelmann, Stettin, Friedrich-Karlstraße 27.
Schriftsteller Dr. Pieper, Hamburg, Schrötteringsweg 12.
D. Otto Everling, Nikolassee, Lückhoffstr. 24.
Chefredakteur Rippler, Berlin, Zimmerstraße. „Die Zeit".

3 Hochschullehrer:

Universitätsprofessor Geh. Rat D. Dr. Kahl, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 23.
Universitätsprofessor Graf Dohna, Heidelberg.
Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer, Köln. Salierring 50.

3 Diplomaten:

Gesandter z. D. v. Kemnitz, Frankfurt a. O.

und 8. Oktober in Siegen.

Legationsrat Freiherr v. Lersner, Berlin, Brückenallee 8.
Legationsrat Freiherr v. Rheinbaben, Berlin, Brückenallee 35.

2 Vertreter des Heeres und der Marine:

Konteradmiral a. D. Brünninghaus, Berlin-Schöneberg, Innsbruckerstr. 35.
Generalleutnant z. D. v. Schoch, München, Karlstraße 10.

3 Frauen:

Frau Klara Mende, Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 36.
Frau Direktorin Dr. Elsa Matz, Stettin.
Frau Katinka v. Oheimb, Goslar, Oberer Tristweg 30.

Gesamtaufstellung.

11 Vertreter der Landwirtschaft.
12 Vertreter von Industrie und Handel.
4 Vertreter von Handwerk und Gewerbe.
5 Vertreter der Angestellten- und Arbeiterschaft.
5 Beamte, Lehrer und Pfarrer.
8 Juristen und höhere Verwaltungsbeamte.
1 Gemeindebeamter.
5 Vertreter der freien Berufe.
3 Hochschullehrer.
3 Diplomaten.
2 Vertreter des Heeres und der Marine.
3 Frauen.

Beamte.

Die Deutsche Volkspartei vertritt mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß ein geordnetes Staatswesen für die Lösung seiner Aufgaben eines in der erforderlichen Weise praktisch, theoretisch und wissenschaftlich vorgebildeten Berufsbeamtentums als seines Rückgrates unbedingt bedarf.

Zur Erhaltung und Fortentwicklung eines tüchtigen, leistungsfähigen Beamtentums erhebt sie folgende Forderungen:

Unkündbare, lebenslängliche Anstellung der Beamten lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und religiöses Bekenntnis, nach kurzer Wartezeit mit Anspruch auf Gehalt, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezüge und Urlaub sowie dauernde Sicherung dieser Grundrechte der Beamten durch die Verfassung.

Besoldung, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, die der Ausbildung und der Stellung der Beamten entsprechen, den jeweiligen Teuerungsverhältnissen angepaßt sind und mit dem Einkommen gleichartiger Volksschichten im Einklange stehen, sowie eine Neugestaltung des Wohnungsgeldzuschusses mit besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien.

Weiteren Ausbau der Beamtenrechte durch ein besonderes Beamtengesetz, welches die völlige politische und außerdienstliche Freiheit und die Mitwirkung an der Gestaltung der Stellung und des Wirkungskreises der Beamten durch Beamtenausschüsse und Beamtenkammern und ihre Fachverbände sicherstellt.

Unbedingte Aufrechterhaltung des Staatsbürgerrechts, des Versammlungs-, Vereins- und Vereinigungsrechts und Gewährung des grundsätzlichen Rechts der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift.

Abg. Kahl über das Schutzgesetz.

Rede bei der zweiten Lesung im Reichstag.

Abg. D. Dr. **Kahl** führte in der Reichstagssitzung am 11. Juli bei Beginn der zweiten Lesung des Schutzgesetzes folgendes aus:

Meine Herren! Die Art und Weise der Mitarbeit meiner Fraktion im Rechtsausschuß hat gezeigt, daß wir von Anfang an bereit gewesen sind, die verfassungsmäßige republikanische Staatsform und die Organe der Republik so zu schützen, wie sie gegenüber dem ungeheuerlichen Zustande der Rechtsunsicherheit, der durch die jüngsten und die vorangegangenen Verbrechen herbeigeführt worden ist, geschützt werden muß. Diese grundsätzliche Bereitschaft haben wir auch heute noch. Ich lege Gewicht darauf, dies an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen.

Aber es gibt allerdings eine Reihe von Fragen, deren Erledigung durch die Herren von der Linken von entscheidendem Einfluß auf unsere letzte Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf sein muß und — darauf wollen Sie sich verlassen — auch sein wird. (Zustimmung bei der D. Vp.)

Für jeden Kenner stecken in den einzelnen Bestimmungen dieses Entwurfs eine ganze Anzahl von Fußangeln. (Zustimmung bei der D. Vp.) Bei der Prüfung, die wir sehr gewissenhaft vorgenommen haben, hat sich uns von neuem bestätigt, daß es doch richtiger gewesen wäre, zunächst zu versuchen, mit der Ausnahmeverordnung des Herrn Reichspräsidenten auszukommen.

Die Notwendigkeit von Einschränkungen angesichts der gegenwärtigen Gesamtlage geben wir ohne weiteres zu. Aber alle diese Änderungen dürfen nur mit dem größten Maß von Vorsicht und Zurückhaltung ausgeübt werden. (Lebhafte Zustimmung bei der D. Vp. und den Dn.) Der „Vorwärts" hat uns — die Deutsche Volkspartei — begrüßt als „Partei sowohl als auch". Ich kenne Parteien, die sowohl gegen, als auch für Ausnahmegesetze sind. (Sehr gut! und lebhafter Beifall bei der D. Vp. und den Deutschnationalen.)

Ich kenne ferner Parteien, die sowohl für, als auch gegen die Todesstrafe sind. Dieses Gesetz ist durch die Rückwirkung einzelner seiner Bestimmungen auf die Grundlage unserer Verfassung, auf seine Rechtssätze nicht allein, sondern auch seine Rechtsgrundsätze, zweifellos nach meiner und meiner politischen Freunde Auffassung

ein verfassungsänderndes Gesetz.

(Zustimmung bei der D. Vp. und den Dn.) Ich will jetzt mit dem Herrn Reichsjustizminister nicht mehr in die Verhandlung der Streitfrage eintreten, über die wir versucht haben, im Rechtsausschuß uns auseinanderzusetzen, namentlich inwiefern der zu schaffende Staatsgerichtshof ein Ausnahmegericht sei. Ich halte nach wie vor an der dort begründeten Auffassung fest, und zwar mit Rücksicht vor allem darauf, daß das ganze Gesetz überhaupt nur eine temporäre Geltung hat, mit Rücksicht ferner darauf, daß die Grundlagen der Gerichtsverfassung, so wie sie in unserer Verfassung niedergelegt oder festgehalten sind, an ganz wesentlichen Punkten geändert werden; vor allem aber mit Rücksicht darauf, daß die in unserer Verfassung lebendigen Normen über die Freiheit des Vereins- und Versammlungsrecht in einer Weise beschränkt werden, die man materiell nicht anders denn als eine Verfassungsänderung bezeichnen kann. (Sehr richtig! bei der D. Vp.) Um diesen Charakter zu nehmen, haben wir ja in dem Rechtsausschuß den Antrag gestellt, den Gesetzentwurf von den Abschnitten über die Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit zu entlasten. Nachdem sie darin geblieben sind, kann meines Erachtens kein unbefangener Jurist mehr leugnen, daß durch diese Bestimmungen Grundlagen unseres Verfassungsrechts geändert werden. (Sehr richtig! bei der D. Vp.)

Auf die theoretische Streitfrage, ob die Wiederaufhebung dieses Gesetzes ebenfalls eine Verfassungsänderung sein würde, will ich jetzt nicht eingehen. Wir haben einen Antrag vorgelegt zu dem letzten Paragraphen des Gesetzentwurfs, der für den Reichstag, wenn er willig wäre, auf unsere Gedanken einzugehen, diese theoretische Streitfrage ausschalten würde, und der auch dem praktischen Bedürfnis, bei Wegfall der Gefahr eine frühere Aufhebung des Gesetzes zu ermöglichen, in der einfachsten Weise Rechnung tragen würde.

Nichts soll von uns bestritten und gemildert werden an der Schuld der wirklich Schuldigen, an der Schuld der Mörder, der Organisationen, der Anstifter aller derer, die jene vergiftete Atmosphäre geschaffen haben, wobei allerdings — und dazu veranlassen mich wieder Ausführungen des heutigen Tages — auch wir noch einmal zum Ausdruck bringen wollen, daß es im politischen Kampfe nicht angeht, ganze politische Parteien als Mörderparteien zu bezeichnen (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen) und für einen bestimmten Mord verantwortlich zu machen. (Bravo! bei der D. Vp.)

Dadurch, meine Herren, wird eine Vergiftung in unser jetziges politisches Leben hineingetragen, die ganz unerträglich ist, die jede Art von Gesundung unmöglich macht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wie oft ist schon von dieser Stelle, auch von Ihrer Seite (nach links), der Entschluß ausgesprochen worden, dieses Gift wegzulassen. Bei jeder Gelegenheit, die sich nur bietet, wird das Gift immer wieder von neuem ausgespritzt. (Sehr wahr! bei den D.-Nat.) Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob das jetzige Gesetz irgendwie unter dem Gesichtspunkt einer Politik der Rache zustande kommen dürfe. Das Augenmaß des Notwendigen muß auf das sorgfältigste ausgesucht und begrenzt werden.

Der Entwurf stellt sich dem geistigen Auge dar wie ein unendlich vielmaschiges Netz, so eingerichtet, daß kein Verbrecher gegen die Republik durch diese Maschen hindurchschlüpfen vermag. Gut, das billigen wir. Es ist im einzelnen fein und scharfsinnig ausgedacht. Aber, meine Herren, täuschen wir uns alle nicht, daß, wenn es Ihnen auch gelingt, dieses Netz zuzuziehen, damit doch eben nur ein äußerlicher Erfolg erreicht ist. (Sehr richtig! bei der D. Vp.) Vielleicht — ich füge sogar hinzu: hoffentlich — wird das Gesetz abschreckend, generalpräveniernd wirken. Aber damit wäre das Wenigste von dem erreicht, was erreicht werden muß in der „Neuen Zeit", die Sie ankündigen. Abschreckung genügt nicht. Die Gesinnung muß gewonnen werden, das Staatsbewußtsein, die Reichsfreudigkeit muß wieder geweckt werden. Dazu wird allerdings erst die richtige Anwendung dieses Gesetzes das Wesentliche beitragen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Dazu können auch Sie, meine Herren von der Linken, außerordentlich viel beitragen.

Im Rechtsausschuß und auch heute wieder haben sich Stimmen hören lassen, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir endlich einmal scharf zufassen müssen. Man hat gesagt, man habe jetzt lange genug Geduld mit den Antirepublikanern gehabt, man habe sie glimpflich genug behandelt. Jetzt endlich scharfe Waffen! (Zurufe links: Viel zu lange!) — Meine Herren Kollegen! Ich habe nicht immer von dieser Nachsicht etwas gemerkt. Wollen Sie wirklich, daß es etwas besser wird, dann sehen Sie einmal, bitte, nicht so sehr selbstgerecht, sondern klopfen Sie auch einmal an den eigenen Busen, soweit Sie solchen besitzen. (Große Heiterkeit.)

Meine Herren! Ich spreche jetzt ein paar offene Worte mit vollem Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit und nicht in verhetzender Weise, sondern in ganz ruhigem Ton. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie ein Gerechtigkeitsgefühl in sich tragen.

Daß die reaktionäre Entwicklung so wilde Erscheinungsformen annehmen konnte, wie sie leider Gottes angenommen hat, verschulden neben all den anderen Umständen, deren keinen ich zudecke, auch

die politischen Methoden

— wer sie übt, lasse ich jetzt ganz beiseite —, die sich nicht genug darin leisten konnten, in den drei Jahren das geschichtlich eingestellte deutsche Volkstum in den ihm wertvollen Erinnerungen und Traditionen zu verletzen. (Lebhafte Zustimmung bei den D.-Nat. und der Deutschen Volkspartei. — Unruhe und Zurufe links.) — **Zu Ihnen rede ich das, meine Herren, nicht nach der Seite (nach rechts), sonst würde ich mich dahin wenden. Sehen Sie, meine Herren, in dem Augenblick, wo man an Sie rührt, da kommt die heilige Unschuld, da wollen Sie gar nichts verbrochen haben. Denken Sie doch daran, in welcher Weise die früheren Reichsfarben vor uns immer verhöhnt und verletzt worden sind. Niemals haben wir in unserer Fraktion, in unserer Partei gegen Schwarz-Rot-Gold irgendein Schmähwort gesprochen.** (Lebhafter Widerspruch und Zurufe links: Ihre Presse!) **Niemals! Schwarz-Rot-Gold ist vielen von uns eine teure Erinnerung aus der Jugendzeit. Mir ist sie als Universitätslehrer von ganz besonders wertvoller Erinnerung.** (Zurufe von der äußersten Linken.) — **Es scheint mir, Herr Hoffmann, daß Sie das nicht hören wollen, was ich sage, weil es wahr ist.** (Lachen und erneute Zurufe links.) **Wir haben den Wechsel verletzend**

Parteitag für Süd-Westfalen

empfunden. Weshalb? Weil wir der Meinung waren und sind, daß ein Volk im Unglück seine Farben nicht herunterholen soll. (Stürmischer Beifall bei der D. Vp. und den Dn. — Zurufe links.) Denken Sie daran, in welcher Weise Sie

Mitglieder landesherrlicher Familien heruntergesetzt

haben, (Sehr wahr! rechts. Lachen und Zurufe links) — ich merke schon, daß ich das Richtige angerührt habe —, wiewohl Sie wußten, daß Sie damit unsere Empfindungen der Pietät, der Erinnerung und der Dankbarkeit verletzen. Schonungslos sind Sie damit vorgegangen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wenn man ein Wort zu sprechen wagte, in einer Lage, wo sie ungerecht angegriffen waren, wurde man, wurde ich als Hohenzollernschieber und Gott weiß was von Ihnen beschimpft. (Hört, hört! rechts.) Denken Sie weiterhin — (Zurufe von der äußersten Linken) — ich bin noch nicht fertig mit dem Kapitel —, denken Sie weiterhin an unsere

nationalen Gedenktage,

an den 18. Januar und an andere. Wie haben Sie sie heruntergesetzt! (Zuruf links: Und Sie unseren 1. Mai!) — Der 1. Mai wurde nie heruntergesetzt, (Zurufe links: Jawohl!) sondern er wurde von uns (Rufe links: Verhöhnt!) nein, niemals, wir haben ihn nicht verhöhnt, sondern wir haben ihn nicht anerkannt als einen in der Geschichte des deutschen Volkes begründeten und daher nicht nationalen Feiertag. (Bravo rechts. Zurufe links.)

Ja, ich kann es Ihnen nicht schenken. — Denken Sie daran, wie unbegründet, ich füge sogar hinzu: wie sinnlos bei jeder Gelegenheit der Schuldvorwurf hier nach dieser Seite hin (nach rechts) geworfen worden ist! Denken Sie an die geflissentliche Verschärfung eines angeblich so tiefgreifenden gar nicht vorhandenen Gegensatzes von Bürgerlichen und Arbeiterschaft.

Meine Herren! Diese aus der Revolution geborene Stimmung hat selbstverständlich — und seien Sie doch einmal einen Augenblick ruhig und gerecht in Ihrem Urteil —, der Druck, aus der Revolutionsstimmung mit herübergenommen, hat selbstverständlich auch einen Gegendruck ausgelöst und auslösen müssen, hat das Einleben in die neue Zeit vielen Millionen erschwert, hat die Volkstümlichkeit der neuen Reichsverfassung verhindert und naturgemäß eine teilweise Abneigung gegen sie erzeugt. Also das wollen Sie nicht übersehen. Die Atmosphäre ist nicht bloß durch die Agitation gegen die Republik erzeugt worden, sondern auch dadurch, daß Sie (nach links), wie ich ausdrücklich wiederhole, dem geschichtlich empfindenden deutschen Volkstum in gar keiner Weise verständnisvoll Rechnung getragen haben. (Bravo rechts.)

Ich sprach von der

Anwendung des Gesetzes

und davon, daß in der Anwendung des Gesetzes eine ganz wesentliche Bedingung des Erfolges für dieses Gesetz gelegen sei. Für eine gerechte Anwendung des Gesetzes müssen wir schon im Gesetzestext selbstverständlich alle erforderlichen Bürgschaften fordern. Das ist namentlich in unseren wiederholten Anträgen zum Staatsgerichtshof zum Ausdruck gebracht und in denen zu dem Vereins- und Versammlungsrecht. Insbesondere eine Bestimmung müssen wir hier fordern, die ich jetzt nur andeute, daß auch unseren Versammlungen ein vollkommener Schutz gegen jede Art von Vergewaltigung, von Terror — er trete auf in irgend welcher Form — garantiert werde. (Sehr richtig! bei der D. Vp.)

Nur unter dieser Voraussetzung würde auch für uns die staatsbürgerliche Freiheit in Zukunft gerettet und gewahrt sein. Hauptbedingung für den Erfolg des Gesetzes ist, daß von Anfang an im öffentlichen Bewußtsein die Überzeugung, die Gewißheit, der Eindruck feststeht, daß dieses Gesetz eben nach allen Seiten seine Anwendung finde.

Ich begrüße mit Freuden, daß in dem Gesetz im Unterschied von der Verordnung diese Anwendung sowohl nach der einen Seite, nach der Mitte, wie nach der anderen Seite uns garantiert wird. Die Strafbarkeit ist nicht geknüpft an rechts oder links, sondern der Strafbarkeit unterliegt jeder Täter einer strafbaren Handlung, sei er von rechts, sei er von links, sei er aus der Mitte, und geschützt ist die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, deren Schutz wir von Weimar, von Anfang an in jedem Fall betrieben und vertreten, ununterbrochen gefordert haben.

Die Freiheit, die öffentliche Meinung für Staatsideale auf gesetzmäßigem Wege zu gewinnen, ist nicht beschränkt — das stelle ich fest —, sie kann nicht beschränkt werden. Sowohl der Herr Reichsjustizminister wie der Herr Reichsminister des Innern haben uns das im Rechtsausschuß unbedingt zugesichert. Wäre das nicht der Fall, wo, meine Herren, sollten wir hinkommen mit den Zusagen, die uns in Weimar nach der Verabschiedung der Verfassung gemacht worden sind, wo in einer sehr erhebenden Rede der damalige Reichsminister des Innern David vor uns trat und uns auseinandersetzte:

„Sie haben nun die freieste Verfassung der Welt, der hat in Zukunft die Macht und das Recht, der es versteht, auf gesetzmäßigem Wege die öffentliche Meinung für sich und seine Ideale zu gewinnen." (Hört! hört! rechts.)

Presse.

Die Freiheit der Presse ist zu gewährleisten. Schmutz in Wort und Bild aber zu unterdrücken und durch Pflege guter Kunst und Literatur zu verdrängen.

Wir verlangen, daß daran nicht ein Titelchen geändert wird (Bravo! bei der D. Vp.) und wir nehmen nach den Erklärungen im Rechtsausschuß an, daß dieses Eintreten für Staatsideale durch den Straf- und Zwangsapparat dieses Gesetzentwurfs in keiner Weise getroffen wird. Gegensatz der in diesem Gesetze geschützten Republik ist nicht bloß die Monarchie, sondern auch ebenso jede Gestaltung der republikanischen Staatsform selbst, die außerhalb der Organisation unserer Reichsverfassung gelegen wäre. (Sehr wahr! bei der D. Vp.) Dies öffentlich festzulegen, ist für uns mit Rücksicht auf die künftige Rechtsanwendung von größter Bedeutung.

Wir sind bereit, zu einem Gesetze zum Schutze der Republik mitzuwirken, aber nicht zu einem Gesetze, welches die staatsbürgerliche Gesinnung in irgend einer Richtung beeinträchtigen würde. Mir wäre eine andere Überschrift des Gesetzes lieber als „Gesetz zum Schutze der Republik", (Zuruf links: „Zum Schutze der Monarchisten!") — diese Torheit überlasse ich Ihnen, sondern

„zum Schutze der Verfassung".

Wir haben ja keine Anträge gestellt; aber die Fassung erweckt ja den Eindruck, als ob es sich hier um ein Gesetz gegen die Gesinnung, gegen die theoretische Auffassung von der republikanischen Staatsform handeln könne. Hüte man sich — ich sage das wieder im Interesse des Gesetzes und seines Erfolges, — daß Gesinnungsverfolgung jedesmal in der Anwendung des Gesetzes zur Verwirklichung gelangt! Dann würde der Erfolg des Gesetzes genau das Gegenteil sein, (Sehr wahr! rechts), als der, den Sie (nach links) und als der, den wir selbst damit erreichen wollen. Dazu würde jedenfalls meine Partei niemals die Hand bieten.

Wenn Sie, meine Herren, die es ernst nehmen — hier scheinen Herren zu sitzen, die den Ernst der Stunde nicht zu begreifen vermögen — (sehr richtig! im Zentrum und rechts; Zuruf im Zentrum: Kindsköpfe!) wenn Sie, die es ernst meinen und die den Ernst dieser Stunde mit uns voll verstehen, bei der Verabschiedung und der Beratung dieses Gesetzes unseren wohlerwogenen vorgelegten Abänderungsanträgen verständnisvoll entgegenkommen, dann haben Sie mit unserer Mitwirkung bei der Verabschiedung des Gesetzes zu rechnen. Wenn Sie aber heilige Überzeugung oder verbriefte Rechte mit Füßen treten würden, dann würden Sie die Verantwortung für alle Folgen des Mißlingens, mögen sie auf dem Gebiete der äußeren oder inneren Politik gelegen sein, allerdings selbst und allein zu tragen haben. (Lebhafter Beifall bei der D. Vp.)

Religion und Kirche.

Die Deutsche Volkspartei verlangt Gewissensfreiheit und Selbstverantwortlichkeit in allen religiösen und kirchlichen Angelegenheiten. **Sie sieht im Christentum einen Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens.**

Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zum Beamtengesetz.

Bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag geschlossen gegen das Gesetz gestimmt.

Die Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei nach ihrer Berufsstellung.

4 Vertreter der Landwirtschaft.

Rittergutsbesitzer Graf Stolberg, Dönnhofstädt, Kr. Rastenburg (Ostpr.).
Rittergutsbesitzer Ökonomierat Schiftan, Sternberg Grundhof, Frankfurt a. O.
Landmann Witt, Darenwurth bei Lunden (Holst.).
Landwirt Seifert, Gersfeld (Röhn).

8 Vertreter von Industrie und Wirtschaft:

Syndikus Dr. Wolff, Berlin W. 15, Uhlandstr. 33/3.
Professor Dr. Leidig, Berlin W. 15, Pfalzburgerstraße 72a.
Ingenieur und Fabrikbes. Schmidt, Hirschberg (Schles.).
Bergrat Seidel, Düsseldorf, Malkastenstr. 8.
Fabrikdirektor Dr. Kalle, Biebrich a. Rh., Rheinstraße 34.
Syndikus Hecker, Hannover, Am Schiffgraben 57.
Kaufmann Engberding, Münster i. W., Herwarthstraße 14.
Stadtältester Dr. Wiemer, Berlin W. 57, Elsholzstraße 13.

8 Vertreter von Handwerk und Gewerbe:

Klempnerobermeister Mulack, Berlin S. 42, Wassertorstraße 20.
Maurermeister Moritz, Kolberg, Domstraße 56
Malermeister Bayer, Waldenburg i. Schles., Schaalstraße 20.
Bäckerobermeister Becker, Magdeburg, Knochenhauerufer 47.
Malerobermeister Stollberg, Hannover, Königstraße 37.
Schornsteinfegermeister Senator Freundel, Peine, Senator Vogesstraße 16.
Malermeister Hemming, Düsseldorf 84, Capellstraße 36.
Syndikus Dr. Grundmann, Hagen i. W., Hochstraße 45.

3 Vertreter der Arbeitnehmerschaft:

Prokurist Heidenreich, Halle (Saale), Schönitzstraße 8.
Arbeitersekretär Langer, Oberhausen (Rheinland), Kirchstraße 33.
Arbeitersekretär Wiedemann, Berlin-Siemensstadt.

8 höhere Verwaltungsbeamte:

Wirkl. Geh. Rat Kriege, Berlin W. 50, Kurfürstendamm 242.
Oberpräsident a. D. Dr. v. Richter, Charlottenburg 4, Giesebrechtstraße 7.
Staatssekretär a. D. Dr. v. Krause, Berlin SW., Wilhelmstraße 102.

am 7. und 8. Oktober in Siegen.

Landrat z. D. v. Kardorff, Berlin W. 10, Stülerstraße 14.
Regierungspräsident a. D. D. Dr. v. Campe, Hildesheim, Goschenstraße 37.
Reichskommissar Dr. Rose, Berlin-Wilmersdorf, Landauerstraße 5.
Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. v. Eynern, Berlin W. 10, Friedrich-Wilhelmstraße 26.
Geh. Rat Garnich, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 66.

2 Vertreter der sonstigen Beamtenschaft:

Oberbahnassistent Jachmann, Tarnowitz (O.-S.). Krakauerstraße 16.
Pfarrer Meyer, Herford.

6 Vertreter des höheren Schulwesens:

Studiendirektor Dr. Steffens, Bartenstein (Ostpr) Angerstraße 23.
Gymnasialdirektor Dr. Boelitz, Soest i. W.
Professor Dr. Schuster, Hannover-Kleefeld, Kantplatz 2
Frau Lyzealdirektorin a. D. Pöhlmann, Tilsit, Kirchenstraße 11.
Studienrat Frl. Fröhlich, Höchst a. M., Emmerich-Josephstr. 31.
Studienrat Frl. Kemper, Barmen-Rittershausen, Sonntagstraße 39.

6 Volksschullehrer:

Volksschullehrer Weise,
Volksschullehrer Dankler, Kohlenscheid b. Aachen.
Rektor Hollmann, Berlin-Lichtenberg, Parkaue 9/3.
Volksschullehrerin Frl. v. Kulesza, Berlin-Lichtenberg, Möllendorffstraße 86/2. (erste Vorsitzende des preuß. Volksschullehrerinnen-Vereins.)
Stadtschulrat Schwarzhaupt, Frankfurt (Main), West, Falkstraße 75.

4 Juristen:

Amtsgerichtsrat Dr. Görck, Heide (Holst.).
Amtsrichter Stendel, Leer (Ostfriesland).
Rechtsanwalt Dr. Heimann, Köln a. Rh., Deutscher Ring 55.
Landgerichtsrat Eichhoff, Neuwied, Rheinstraße 72.

3 Pfarrer:

Pfarer Lawin, Fischau b. Altfelde (Westpr.).
Pastor Münchmeyer, Stettin, Augustastraße 23.
Pastor Meyer, Herford

2 freie Berufe:

Schriftsteller Buchhorn, Berlin-Steglitz.
Volkswirt Dr. Pinkerneil, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 29a/3.

2 Techniker:

Ingenieur Schmidt, Hirschberg (Schles.).
Geheimrat Garnich, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 66.

1 Rentner:

Rentier Held, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstraße 83.

1 Offizier:

Korvettenkapitän a. D. Metzenthin, Breslau 18, Kurfürstenstraße 18/1.

2 Hausfrauen:

Frau Garnich, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 66.
Frau Vogt, Flensburg, Moltkestraße 17.

Zusammenstellung.

4 Vertreter der Landwirtschaft.
8 Vertreter von Industrie und Wirtschaft.
8 Vertreter von Handwerk und Gewerbe.
3 Vertreter der Arbeitnehmerschaft.
8 Höhere Verwaltungsbeamte.
2 Vertreter der sonstigen Beamtenschaft.
6 Vertreter des höheren Schulwesens.
6 Volksschullehrer.
4 Juristen.
3 Pfarrer.
2 freie Berufe.
2 Techniker.
1 Rentner.
1 Offizier.
2 Hausfrauen.

Abgegebene Stimmen für die Deutsche Volkspartei:

bei der Reichstagswahl 1920

im Reich:	3 456 131
im Wahlkreis Westfalen-Süd:	191 266
in den Kreisen Siegen und Wittgenstein:	10 497

bei der Landtagswahl 1921

in Preußen:	2 318 185
im Wahlkreis Westfalen-Süd	177 973
in den Kreisen Siegen und Wittgenstein	10 134

Die Mitglieder des Provinziallandtages.

Justizrat Eduard Windthorst, Hamm i. W., Stiftstr. 12.
Oberbürgermeister Dr. Ernst Eichhoff, Dortmund, Prinz-Friedrich-Karlstr. 34.
Bergassessor Karl Müller, Rauxel, Haus Goldschmieding.
Landrat Fritz Thomé, Altena i. W., Bismarckstraße 15.
Bergwerksdirektor Heinrich Wimmelmann, Gelsenkirchen, Kaiserstr. 50.
Frau Anna Adams, Hörde, Tiefestr. 1.
Fabrikant Oskar Funcke, Hagen i. W., Konkordiastraße 26.
Redakteur Dr. Paul Küppers, Bochum, Arndtstraße 5.
Landwirt Joseph Loag, Goesmannshof bei Allagen.
Bergassessor Fritz Hohendahl, Wanne, Unser Fritzstraße 176.
Kaufmann und Gastwirt Karl Berkemeyer, Dortmund, Schützenstr. 26.
Hüttendirektor Friedrich Jütte, Geisweid bei Siegen, Moltkestraße 11.

Die außenpolitische Gefahr einer Reichstagsauflösung.

Für die Haltung der Deutschen Volkspartei während der politischen Krisen der letzten Wochen waren vor allem andern außenpolitische Gesichtspunkte maßgebend. Anscheinend hatten die Sozialdemokraten und die hinter ihnen stehenden Gewerkschaften hierfür kein oder jedenfalls nur geringes Verständnis. Glücklicherweise aber war dieses Verständnis bei dem Herrn Reichspräsidenten vorhanden. Dieser war im besonderen aus Gründen der äußeren Politik bemüht, die unvermeidlichen Wirren und Folgen eines Wahlkampfes zu verhindern.

Schon der Ausgang der Bankierkonferenz in Paris hatte ein zunächst langsames Sinken der Mark zur Folge. Immerhin befestigte sich gerade infolge des von den Sachverständigen abgegebenen Gutachtens die Hoffnung, die sich zeitweise bis zur Zuversicht steigerte, daß mit Hilfe Amerikas England und Italien imstande sein würden, einen so nachhaltigen Druck auf Frankreich auszuüben, daß dieses trotz allen Widerstandes im Lauf des Jahres zum Nachgeben gezwungen sein würde. Wir hatten Ursache, damit zu rechnen, daß dann die Reparationsfrage von Grund auf und endgültig in einer unserer Finanzkraft entsprechenden Weise geregelt und vor allen Dingen die uns auferlegte Last durch die Zurückziehung feindlicher Truppen aus deutschem Gebiet sehr wesentlich vermindert werden würde. Damit wäre eine wirkliche Revision des Friedensvertrages von Versailles eingeleitet und zum Teil schon erreicht worden. Die Ermordung Rathenaus hat nicht nur einen sofortigen katastrophalen Sturz der Mark verursacht, sondern in ihrer weiteren Wirkung die Erfüllung solcher Hoffnungen aufs äußerste gefährdet. Nur wenn Amerika mit dem ganzen Schwergewicht seiner Macht und seiner Finanzkraft hinter England und Italien steht, darf man annehmen, daß Frankreich sich schließlich fügen wird. Nun hat die unverkennbar große Gefahr, daß infolge der politischen Erregung Deutschlands nach der Ermordung Rathenaus bei uns linksradikale Elemente maßgebenden Einfluß gewinnen könnten, stark abkühlend im Ausland und besonders in Amerika gewirkt. Es sei hier nochmals in diesem Zusammenhang mit allem Nachdruck daran erinnert, daß die öffentliche Meinung und die leitenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten sozialistischen Experimenten und sozialistischen Bestrebungen mit unverhohlenem Mißtrauen gegenüberstehen. Nicht umsonst sind gerade aus England und Amerika Mahnungen an Frankreich sowohl wie nach Deutschland ergangen, dafür zu sorgen, daß nicht den radikalen Elementen in die Hände gearbeitet wird und daß nicht unverantwortliche Nebenregierungen unter dem Druck der Straße Forderungen durchsetzen, die in der Tat geeignet wären, den Fortbestand der Republik zu erschüttern. Das ist der Sinn der von dort kommenden Mahnungen, für die Erhaltung der demokratischen Regierungsform einzutreten, die nach Auffassung maßgebender Kreise in England und Amerika bedroht ist, sobald die Regierungspolitik weiter nach links gleitet. Die Mehrheitssozialisten stehen anscheinend unter der Herrschaft der Unabhängigen. Wenn in Erfüllung der jüngst wieder vorgebrachten Forderungen mit den Unabhängigen eine Partei zur Mitregierung gelangt, die nach ihrem Programm und nach ihrer Vergangenheit den Fortbestand der verfassungsmäßigen Staatsform bedroht, wird Amerika um so weniger geneigt sein, sich um Deutschland und Europa zu kümmern, als es im eigenen Hause alle Hände voll zu tun hat.

Volkstum.

Die Not der Zeit, die Bedrückung durch unsere Feinde, der Haß und die Verleumdung, die dem deutschen Volke überall begegnen, machen es besonders notwendig, daß das deutsche Volk seiner völkischen Eigenart bewußt wird und alle geistigen und sittlichen Werte, die in ihm liegen, herausarbeitet. Dazu will die Deutsche Volkspartei nach Kräften mitwirken. Dagegen bekämpft sie alle Zersetzungsbestrebungen, die an Stelle des Bekenntnisses zum nationalen Staat und zum deutschen Volkstum das Weltbürgertum setzen wollen. Sie verwirft alle Bestrebungen, die unser deutsches Empfinden zurückdrängen wollen zugunsten internationaler, unswesensfremder Auffassungen. Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau unseres Volkes kann nur gelingen, wenn wir zurückkehren zu den alten Grundsätzen von Treue, Ehrlichkeit, Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit im öffentlichen Dienst, in Handel und Wandel. Alle anders gearteten Gesinnungen bekämpft die Deutsche Volkspartei, gleichviel, von welcher Seite sie kommen.

Der gewaltige Lohnkampf der Bergarbeiter und Eisenbahner in Amerika ist nicht gerade geeignet, die führenden Kreise dort mit besonderer Freude zu erfüllen, wenn in Deutschland radikalsozialistische Elemente die Oberhand gewinnen.

Es ist erfreulich, daß es den Bemühungen des Reichspräsidenten auf der einen und der verständigen Politik der Deutschen Volkspartei auf der andern Seite gelungen ist, das deutsche Volk in diesem Augenblick vor einem unseligen Wahlkampf zu bewahren.

Abgesehen von den schweren Erschütterungen, die bei der Erhitzung der politischen Leidenschaften in Deutschland ein Wahlkampf mit sich bringen müßte, sprachen also schwerwiegende Gründe der auswärtigen Politik gegen eine weitere Verschärfung unserer innerpolitischen Lage.

Angestellte.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter müssen durch verständnisvolles Zusammenwirken aller Beteiligten neu gestaltet werden.

Deutsche Volkspartei und Angestellte

Die Deutsche Volkspartei ist nach ihrer ganzen liberalen Grundauffassung die schärfste Gegnerin der gleichmacherischen sozialistischen Tendenzen. Sie ist der Auffassung, daß unsere Wirtschaft nur gesunden, unser Staatsleben nur dann wieder geordnet werden kann, wenn wir zurückkehren zu einer Würdigung der Persönlichkeiten und der Berufsstände nach ihrem besonderen Wert und ihren besonderen Leistungen für die Allgemeinheit, nicht nur nach ihrer Kopfzahl. Sie befürchtet, daß durch einen Erfolg der gleichmacherischen Bestrebungen der Sozialdemokratie die Strebsamkeit in der deutschen Jugend erstickt und die Gesamtleistungsfähigkeit unseres Volkes herabgedrückt wird. Das Bestreben der Angestelltengewerkschaften, die Vergewaltigung der Angestellten durch die sozialdemokratischen Massen abzuwenden, wird von der D. V. P. lebhaft unterstützt. Sie **fordert** eine gerechte Bewertung der höheren volkswirtschaftlichen Leistungen der Angestelltenschaft sowohl seitens der Gesetzgebung als auch durch die Arbeitgeber. In ihr vereinigen sich Hunderttausende von Volksgenossen zum entschiedenen **Kampf dagegen, daß die geistige Arbeit immer mehr und mehr der Mißachtung anheimfällt.** Angesichts der gewaltigen Schwierigkeiten, die sich einer notwendigen Wandlung der Dinge entgegenstellen, ist es aber mit Aufrufen allein nicht getan. In tagtäglicher sachkundiger und systematischer Arbeit in den Parlamenten, in der Tages- und Fachpresse müssen die Angestellten ihre Wünsche zur Geltung bringen. Um den weittragenden Einfluß der D. V. P. dieser Arbeit dienstbar zu machen, hat sich der Geschäftsführende Vorstand der Gesamtpartei vor den Reichstagswahlen 1920 entschlossen, einen der hervorragendsten Sachkenner auf dem Gebiete der Angestelltenbewegung an erster Stelle des Reichswahlvorschlags der Partei zur Reichstagswahl aufzustellen. Jedem ist bekannt, daß seit dem Zusammentritt des Reichstages im Sommer 1920 die Privatangestellten durch den volksparteilichen Abgeordneten **Thiel** sich eines parlamentarischen Sachwalters erfreuen, der keine wie immer geartete Gelegenheit vorübergehen ließ, um nicht nur die unmittelbaren Interessen der Angestellten nachdrücklich zu vertreten, sondern darüber hinaus durch seine ganze parlamentarische Arbeit und die Art seines Auftretens eine höhere Bewertung und stärkere Beachtung des Berufsstandes herbeizuführen wußte, als dessen Vertreter er im Parlament wie auch bei den amtlichen Stellen geschätzt wird. Die großen Massen der Privatangestellte, die das erkannt und sich deshalb der Deutschen Volkspartei angeschlossen haben, schufen sich innerhalb der Partei im **Reichsangestellten-Ausschuß** unter Führung des Reichstagsabgeordneten **Thiel** (stellvertretende Vorsitzende Fräulein **Clara Bleinek**) ein vorzügliches Sprachrohr für ihre Wünsche und Belange. Dem Reichsangestellten-Ausschuß der D. V. P. ist es seither immer gelungen, die parlamentarischen Vertreter der Partei zu veranlassen, im Sinne einer gesunden Angestelltenpolitik zu wirken.

Die Partei schätzt gerade die Privatangestellten als Mitglieder. Sie ruft die Privatangestellten mit besonderem **Nachdruck** auf, ihre vorzüglichen organisatorischen Fähigkeiten und ihre Beziehungen zu allen Kreisen der Bevölkerung nach oben wie nach unten einzusetzen zugunsten einer systematischen Werbearbeit für die Grundgedanken der Partei. Können die Privatangestellten sich heute eine gesunde Angestelltenpolitik nicht denken ohne die tatkräftige Mitwirkung der Deutschen Volkspartei, so ist ohne ihre Mitarbeit auch das Ziel der Deutschen Volkspartei nicht erreichbar, das da lautet: **Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft, Einsatz der besten Kräfte aller Klassen und Stände für die Sprengung der Sklavenketten von Versailles.**

Deshalb gehören Privatangestellte und Deutsche Volkspartei unbedingt zusammen, denn ohne dieses Bündnis ist eine wahre Volksgemeinschaft undenkbar!

Frauenfrage.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für die politische, wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. Sie fordert Zulassung der Frauen zu allen Aemtern und Stellen unter Voraussetzung vollwertiger Vorbildung, die zugleich Vorbedingung wird für die Frauen zu dem Aufstieg bis in die höchsten Stellen.

Das Wirken der Frau als Mutter und Erzieherin der kommenden Geschlechter, als Leiterin des Hauswesens und als Mitarbeiterin und Mitkämpferin im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben findet weitgehende Würdigung und Unterstützung bei der Deutschen Volkspartei.

Kommunalisierungs- und Sozialisierungsversuche.

Ein lehrhafter Rückblick.

Von Dr. **F. Schepp**, z. Z. Salchendorf.

Bald nach der Revolution erklang der Ruf nach Kommunalisierung und Sozialisierung gewisser Betriebe in recht ungestümer Weise. Man überschlug sich geradezu im Wettrennen zu der gesegneten Sozialisierung, von der man alles Heil erwartete. In der Nationalversammlung ging man innerhalb der Regierungsparteien (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten) sogar so weit, aus Angst vor den Massen der Straße diese Frage in der Verfassung zu „verankern". Und heute? Heute ist es recht still davon geworden. Nur ab und zu wagt sich ein verschrobener Idealist zaghaft mit ihrer Befürwortung ans Tageslicht. Woher rührt dieser plötzliche Umschwung der öffentlichen Meinung auch innerhalb der Sozialdemokratie? Man hat eingesehen, daß diejenigen recht hatten, die erklärten: In Zeiten wirtschaftlicher Not läßt sich eine Überleitung von Privatbetrieben in die Hand des Staates oder der Gemeinden nicht ohne Nachteil für die Allgemeinheit durchführen; oder wie sich Scheidemann einmal in einem lichten Augenblick ausdrückte: „Bankerott gestreikte Betriebe lassen sich nicht sozialisieren oder kommunalisieren". Und wo man dazu überging, trotz dieser Warnungen im Sinne des Sozialismus vorzugehen, weil die Masse eben „Erfolge" erwartete, da hat man das Fehlerhafte dieser Versuche infolge der verderblichen Rückschläge einsehen und sie aufgeben müssen. Wie nachteilig aber derartige Bestrebungen gewirkt haben, das soll in den folgenden Ausführungen an einigen **Beispielen zur Warnung** gezeigt werden.

In **Neukölln** bei Berlin war man besonders übereifrig auf diesem Gebiete. Als einmal der bürgerliche Stadtverordnete Bornemann in einer Sitzung die Ursachen erörterte, weshalb staatliche und städtische Betriebe teurer und unwirtschaftlicher arbeiteten als Privatbetriebe, erklärte der **Führer der Unabhängigen** unter dem Beifall seiner Freunde, daß die **Arbeiterschaft bereit sei, für die Durchführung der Kommunalisierung jedes Opfer zu bringen, „auch den Achtstundentag fallen zu lassen und 10—12 Stunden täglicher Arbeit im Allgemeininteresse zu leisten".** Wie die dortigen Arbeiter weiter dieser Ankündigung gefolgt sind, werden wir nachher sehen.

Eins der Hauptprodukte der Sozialisierungsphantasie war die Neuköllner **Großhandelsgesellschaft m. b. H.** Sie wurde 1919 mit einem Anlagekapital von 50 000 *M* aus städtischen Mitteln gegründet, und es wurde von der Stadt ein Kredit von 12 Millionen **Mark** bewilligt. Man wollte die **gesamte Lebensmittelversorgung Groß-Berlins in die Hand nehmen** und sogar einen **eigenen Überseedienst** einrichten. Der gesamte Groß- und Zwischenhandel sollte ausgeschaltet und die Bevölkerung mit guten und billigen Lebensmitteln versorgt werden.

Ein weiteres Betätigungsfeld erhielt die Großhandelsgesellschaft 1920 durch die Überführung der **städtischen Bekleidungsstelle**, in der damals ein Kapital von über 30 Millionen Mark steckte. Und der Erfolg? In der **Wurstfabrik große Verluste**, hervorgerufen zum größten Teil durch Unterschlagungen und Veruntreuungen. Mehrfach **weigerten sich die Krankenhäuser, für ihre Einkäufe die Großhandelsgesellschaft in Anspruch zu nehmen**, und der damalige Magistrat mußte sich dazu entschließen, den **Krankenhäusern den freien Einkauf zu gestatten.** Nach und nach ist dieses erste Kind der Kommunalisierung eingegangen.

Bei dem **„städtischen Regiebetrieb zum Bau einer Untergrundbahn"** wurde nach einiger Zeit folgendes festgestellt: Bei den **Erdarbeitern** ergaben sich zeitweise nur **Tagesleistungen von ¾ Kubikmeter Land pro Kopf**, gegenüber einer **normalen Leistung von 10—12 Kubikmetern.** Eine Anregung, die Arbeitsleistung täglich nach Beendigung der Schicht durch den Arbeiter mit Namensunterschrift anerkennen zu lassen, wurde von der Arbeiterschaft **abgelehnt.** Der **Leiter dieser Betriebe**, Stadtbaurat Hahn, ein eifriger Verfechter der Kommunalisierung, **war genötigt, einem Führer der Arbeitslosen zu erklären, daß beim Ausladen eines Kahnes Kies ein Unternehmer mit 4 Arbeitern die Ausladung schneller bewirkt, als eine Kolonne der städtischen Arbeiter von 28 Mann dies bewerkstelligt hätte.** Hiermit vergleiche man den oben angeführten Ausspruch des Führers der Unabhängigen über die Opferwilligkeit der Arbeiter.

Wirtschaftsordnung.

Die Deutsche Volkspartei fordert für jeden Staatsbürger das Recht der freien Entfaltung seiner Kräfte. Das Streben nach Gewinn muß aber bei dem einzelnen **seine sittlichen Schranken** finden in der Rücksichtnahme auf das **Wohl und die Bedürfnisse der übrigen Volksgenossen.**

Freie Berufe.

Die Deutsche Volkspartei tritt für Erhaltung und Schutz der freien Berufe **(Aerzte, Apotheker, Anwälte, Techniker, Schriftsteller usw.)** ein. Sie verwirft eine Sozialisierung dieser Berufe und eine Bestellung ihrer Angehörigen zu Beamten.

Die „**Obstversorgung des Jahres 1919**“ endete mit einem vollständigen Fiasko. Man hatte bei Naumburg a. d. Saale eine **Kirschenplantage** gepachtet, um die Neuköllner Bevölkerung **mit billigen Kirschen zu versorgen.** Zur Überwachung der Ernte wurden mehrere Stadtverordnete unter Zahlung von Tagegeldern dorthin entsandt. Trotzdem war es nicht zu verhindern, daß ein großer Teil von den Bäumen gestohlen wurde, ein Teil seinen Bestimmungsort nicht erreichte, und von den nach Neukölln gelangten Kirschen mußte eine an einem **Sonnabend dort eingetroffene Ladung verderben, weil die städtischen Regiearbeiter sich weigerten, nach Feierabend die Entladung vorzunehmen, so daß der Wagen in der glühenden Sonnenhitze bis Montag stehen bleiben mußte.** Die städtischen Kirschen wurden daher um nichts billiger als die bei den Händlern; außerdem aber erlitt der Stadtsäckel noch eine bedeutende Einbuße.

Wie steht es mit der **Berliner Straßenbahn?** Seitdem sie kommunalisiert worden ist, geht sie in finanzieller Beziehung trotz aller Tariferhöhungen — eine Fahrt kostet jetzt 4 ℳ — **ständig zurück,** während die **in privatem Betrieb befindliche Hoch- und Untergrundbahn sich günstig entwickelt** und im Gegensatz zur Straßenbahn noch einen Gewinn abwirft. Man beabsichtigt ja auch bereits, die **Straßenbahn in Berlin wieder zu entkommunalisieren und privates Kapital an ihr zu beteiligen,** um sie kreditfähig zu machen und damit für ihre finanzielle Gesundung zu sorgen. Auch die **städtischen Rieselgüter Berlins,** die, im Besitz der Stadt, infolge der Mißwirtschaft immer größere Fehlbeträge aufwiesen, sollen nach den Beschlüssen der eingesetzten Ausschüsse **gegen eine recht hohe Summe an Privatleute verpachtet werden.** Diese Privatleute müssen doch der Meinung sein, daß trotz der hohen Pachtsummen, die sie zahlen sollen, für sie durch intensive und rationelle Bewirtschaftung noch ein ansehnlicher Gewinn herausspringen wird, ein Beweis dafür, daß die **private Bewirtschaftung,** besonders in Zeiten der politischen und wirtschaftlichen Not, **vor der Bewirtschaftung durch Staat oder Gemeinden den Vorzug verdient.** Und warum? Weil man die **private Initiative, das Interesse des einzelnen Besitzers an der gedeihlichen Entwicklung des Unternehmens, nicht ausschalten darf.** Das ist ja auch mehrfach sogar von Sozialisten betont worden. Ich führe nur einige Aussprüche an: Der sozialistische **Minister Wissell** sagte in der Nationalversammlung anläßlich der Sozialisierungsdebatte: „Der **Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft** . . . . . Das geschäftliche Handeln soll er denen überlassen, die **vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweig Verständnis für die Bedürfnisse desselben besitzen.**“ Der frühere Reichskanzler **Hermann Müller** sagte April 1919: „Der **Unternehmungsgeist des Unternehmers** darf nicht **unterbunden** werden. Es hat sich herausgestellt, daß der **Privatbetrieb besser arbeitet als der Staats- und Kommunalbetrieb.**“ Und am Schluß noch den Ausspruch des früheren sozialistischen Ministers **Haenisch** vor den Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin: „**Es wäre der Tod unseres Wirtschaftslebens, wenn wir die Initiative, den Wagemut des einzelnen ausschalteten**“.

Diese Beispiele und Aussprüche beweisen, wie recht die Deutsche Volkspartei hatte, als sie stets **ihre warnende Stimme vor übereilten Sozialisierungen und Kommunalisierungen** erhob. Sie ist **keine grundsätzliche Gegnerin** dieser Bestrebungen, aber sie wird immer erst dann ihre Zustimmung geben, wenn die Gewißheit vorhanden ist, daß der Staat, die Allgemeinheit Nutzen davon hat, wie das ja auch in ihrem **Programm** unter II, 14 zum Ausdruck kommt: „Bei der **Überführung von wirtschaftlichen Unternehmungen in die öffentliche Hand** (Sozialisierung oder Kommunalisierung) die **nur gegen Entschädigung** erfolgen darf, wird die D. V. P. unter der Voraussetzung mitwirken, daß **wesentliche Vorteile für die Allgemeinheit dauernd gewährleistet sind.** Im allgemeinen wird eine Beteiligung des Staates (oder der Gemeinden) an freien Betrieben den Vorzug verdienen.“

Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe.

Die Deutsche Volkspartei würdigt den bedeutsamen nationalen und wirtschaftlichen Wert mittelständischer Selbständigkeit und sieht im **selbständigen Handwerk, Kleinhandel und Gewerbe dringend erhaltenswerte,** der Landwirtschaft, der Industrie und dem Großhandel gleichberechtigte Erwerbsstände, deren Lebensfähigkeit zu sichern und zu fördern ist. **Sie erblickt daher** eine ihrer vornehmsten Aufgaben darin, die Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes in Stadt und Land mit allen Kräften zu betreiben.

Deutsche Volkspartei und Handwerk.

Rede des Abg. Havemann.

Am 4. Februar 1921 hielt Abg. **Havemann** im Reichstag eine große Rede über „Handwerk, Kleinhandel und sonstiges Kleingewerbe“. U. a. führte er aus:

„Wie überall durch die Kosten der Lebenshaltung unerträgliche Zustände geschaffen sind, so auch im Handwerk, es hat unter dieser Not mindestens so zu leiden wie alle anderen Berufe. Das Handwerk steht aber noch mancherlei anderen Schwierigkeiten gegenüber.

Zuerst die Versorgung mit **Rohstoffen.** Meine politischen Freunde und ich müssen unter allen Umständen darauf bestehen, daß möglichst bald die **Reste der Zwangswirtschaft beseitigt** werden, es muß dahin kommen, daß das Handwerk, der Kleinhandel und das Gewerbe möglichst bald alles frei wieder bekommen kann.

Fest steht, daß das deutsche Handwerk schon im Frieden aus mindestens 1 500 000 selbständigen Betrieben bestand, nach dem Kriege ist diese Zahl zweifellos noch ziemlich bedeutend angewachsen. Von welcher **Bedeutung das Handwerk für die Volkswirtschaft ist,** möchte ich Ihnen mit einigen kurzen Zahlen darlegen. Die vorgenannten Betriebe des Handwerks zahlten im Frieden bei den damaligen an den jetzigen Verhältnissen gemessen ja niedrigen Löhnen bereits über 7 Mill. Mark pro Jahr aus; dafür wurden für etwa 13 Milliarden Erzeugnisse hergestellt, das war ungefähr ein Drittel des Verbrauchs der gesamten deutschen Wirtschaft. Diese Erzeugnisse des Handwerks waren, abgesehen von einigen Exportartikeln, ja in erster Linie für den eigenen Gebrauch des deutschen Volkes bestimmt, das Handwerk war also schon immer ein bedeutender Faktor im Wirtschaftsleben Deutschlands. Dies wird in Zukunft voraussichtlich noch mehr der Fall sein, da das Handwerk wahrscheinlich noch manche Arbeiten, die früher der Kleinindustrie zufielen, wird mit in sein Arbeitsgebiet einbeziehen müssen.

Der **Reichsverband des deutschen Handwerks,** die Spitzenvertretung des Handwerks, hat auf seiner letzten Tagung in Jena Richtlinien aufgestellt, hinter **die sich die Deutsche Volkspartei vollinhaltlich stellt,** und wir wollen die Bestrebungen des Handwerks mit allen Mitteln unterstützen. Der Abs. 1 der vorerwähnten Richtlinien hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichsverband des deutschen Handwerks fordert den Erlaß eines neuen Reichshandwerkergesetzes, das als Rahmengesetz unter Aufhebung des Titels 6 der bestehenden Gewerbeordnung die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes auf der Grundlage der Pflichtzugehörigkeit Innungen oder Fachverbänden und Handwerkskammern überträgt. Die Bildung von Handwerksgenossenschaften wird durch berufliche Pflichtorganisationen nicht berührt. Diese angestrebte Neuorganisation ist die Voraussetzung dafür, daß das selbständige Handwerk und Gewerbe in Ausführung des Art. 164 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 in Gesetzgebung und Verwaltung gefördert wird, und daß gleichzeitig die Schäden von ihm abgewandt werden, die gesetzliche oder sonstige Maßnahmen ihm bereits gebracht haben oder noch bringen werden und daß ihm die erstrebte Selbstverwaltung zuteil wird.“

Auf die von dem Handwerk erstrebte Selbstverwaltung legen auch wir das allergrößte Gewicht. Das Handwerk muß unbedingt als **selbständiger Stand** erhalten bleiben und als solcher **neben Industrie und Landwirtschaft** gewertet werden.

Wir hoffen, daß man das Handwerk in diesem Sinne überall unterstützt. Das **Reichswirtschaftsministerium hat, unserem Wunsch folgend, eine eigene Abteilung für das Handwerk** eingerichtet, mit der wir vorläufig durchaus zufrieden sind.

Die **Kommunalisierung** irgend welcher Betriebe lehnen wir auf das entschiedenste ab. In erster Linie wird das **Bäckereigewerbe** davon bedroht, ist aber durchaus nicht dazu geeignet. Außer vielen anderen Gründen möchte ich nur mal darauf hinweisen, was denn geschehen sollte, wenn beispielsweise kommunalisierte Bäckereien einer Großstadt aus nichtigen Gründen plötzlich streikten. Damit wäre unter Umständen die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt. Man sollte daher Bäckereien und ähnliche Betriebe als lebenswichtige Betriebe erklären und so sie somit unter den ganz besonderen Schutz des Gesetzes stellen.

Auch die **Schlächtereien** werden mit Kommunalisierung bedroht; auch hiergegen wenden wir uns aufs schärfste.

Was für wenig gute Erfolge mit sozialisierten und kommunalisierten Betrieben erzielt worden sind, ist ja genügend bekannt, hinweisen will ich nur mal auf Flensburg, wo eine Erwerbslosenschlächterei, die man mit 20 000 Mark Betriebskapital ausgestattet hatte, bereits nach wenigen Monaten wieder schließen mußte, das Kapital war verbraucht, die Schlächterei ist in Liquidation und das Fleisch war trotz des Zuschusses usw. in der Erwerbslosenschlächterei nicht billiger wie in den anderen Schlächtereien.

Eine Kommunalisierung des **Baugewerbes** ist für uns vollständig unannehmbar, schon aus dem Grunde, weil gerade das Baugewerbe ganz besondere Anforderungen an diejenigen stellen muß, die es betreiben, und zwar wegen der hohen Verantwortung für das Leben und die Sicherheit des Volkes. Die Entwick-

Finanzen.

Ehrlichkeit, Ordnung und Sparsamkeit müssen in den öffentlichen Haushalten wieder zur Geltung kommen. Nur so kann die Gesundung der Finanzen des Reiches wieder herbeigeführt werden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches, der Länder und der Kommunen müssen pfleglich und nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Auch Unternehmungen in öffentlicher Hand, die in erster Linie zur Förderung der Gesamtwirtschaft bestimmt sind, müssen möglichst nach dem Grundsatz der Selbstkostendeckung bewirtschaftet werden.

Bodenpolitik und Wohnungswesen.

Alle deutschen Familien, insbesondere die kinderreichen, sollen möglichst eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte erhalten.

Der Bedarf an neuen Wohnungen ist rechtzeitig zu sichern. Hierbei muß vor allem die private Bautätigkeit gefördert werden.

lung und Wiederbelebung des Baugewerbes kann erfolgreich nur durch die freie Wirtschaft geschehen. Zur Hebung der Baunot verlangen wir von der Regierung Überteuerungszuschüsse in genügendem Umfange. Ich betone, daß wir allen Mitteln (auch den Heimstättenkassenscheinen), mit denen die herrschende Wohnungsnot beseitigt werden kann, durchaus sympathisch gegenüberstehen und dieselben weitestgehend unterstützen werden.

Es liegen zwei Kommunalisierungsgesetz-Entwürfe vor, beide müssen wir ablehnen, derjenige der Sozialisierungskommission ist für uns unannehmbar. Der Regierungsentwurf mag immerhin eine Grundlage für weitere Besprechungen sein. Soweit er sich mit der evtl. Überführung von Handwerksbetrieben und Handel und Gewerbe in die Gemeinwirtschaft befaßt, müssen wir ihn natürlich auch ablehnen.

Bei der **Ausarbeitung** des Entwurfs seitens der Sozialisierungskommission ist **kein einziger Fachmann** zugezogen.

Betreffs des **Submissionswesens** müssen wir endlich dahin kommen, daß mit dem Brauch gebrochen wird, dem Billigsten die Arbeiten zu übertragen. Auf Grund eines Mittelpreisverfahrens müssen denjenigen die Arbeiten übertragen werden, die für einen angemessenen Preis eine tadellose Arbeit liefern. In diesem Sinne müssen bei Ausschreibungen Sachverständige herangezogen werden, so daß schon die Aufstellung der Unterlagen einwandfrei vor sich geht. Die Sachverständigen hätten bei der Preisbildung mitzuwirken und endlich evtl. mit auf die gute Ausführung der Arbeiten zu achten.

Die **Lehrlingsfrage** im Handwerk ist in erster Linie für uns eine **Erziehungsfrage,** keine Frage der Lohn- und Tarifverhältnisse. Wir wehren uns daher energisch dagegen, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, die Lehrlingsfrage mit dem Tarifwesen in Verbindung zu bringen. Etwaige geplante Notverordnungen in vorstehendem Sinne lehnen wir ab. Die Ausbildung des Lehrlings muß dem tüchtigen, praktischen Meister überlassen bleiben; nebenher hat eine zweckentsprechende theoretische Ausbildung in entsprechenden Anstalten zu erfolgen. Die Schulausbildung des Lehrlings hat außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit zu geschehen.

Die generelle Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit halten wir nicht für richtig, diese hat sich den Bedürfnissen der verschiedenen Gewerbe anzupassen, und zwar schon mit Rücksicht auf die Licht- und Witterungsverhältnisse. Wir weisen die Regierung darauf hin, daß, wenn wir auf Grund des Washingtoner Abkommens die Absicht haben sollten, die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich festzulegen, dies unter keinen Umständen eher zu tun, ehe auch die anderen Völker dazu schreiten, sonst würden wir Gefahr laufen, mit denselben nicht mehr konkurrieren zu können.

Die Verordnungen der Demobilmachungskommissare betr. **der Freizügigkeit** müssen umgehend aufgehoben werden, damit der Arbeiterschaft wieder die Möglichkeit gegeben wird, sich ihren Kenntnissen entsprechend die geeigneten Arbeitsstellen zu suchen und auf der anderen Seite der gewerblichen Jugend nicht die Ausbildungsmöglichkeit beschnitten wird.

Wir verlangen, daß man den Produktivgenossenschaften oder sogenannten sozialisierten Bauhütten seitens der Regierung nicht besondere Vorteile einräumt. Ich frage den Herrn Reichsarbeitsminister, ob er der sozialisierten Bauhütte in Essen aus öffentlichen Mitteln die Summe von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat, und wenn dies zutrifft, aus welchen Mitteln diese Summe zur Verfügung gestellt ist?

Wir wollen hoffen, daß die Wünsche, die wir geäußert haben, volle Berücksichtigung finden und daß damit das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, besonders aber der Mittelstand, sich wieder belebt und daran mitarbeiten kann, daß wir aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder herauskommen.

Das Siegener Schützenfest und die Volkszeitung.

Die hiesige sozialdemokratische Volkszeitung befaßt sich in ihrer Nr. 111 unter der Überschrift „Siegerländer Revolutionen" mit unserem heurigen Schützenfest, das doch wohl ein Fest besonderer Art sein muß. Denn während überall in deutschen Gauen die Schützenbrüder ihre Feste nach altem Brauch unbeanstandet haben begehen können, hat das Siegener gleich die Aufmerksamkeit des Polizeiministers Severing in höchsteigener Person auf sich gezogen und diesen zum Einschreiten veranlaßt. In ihrem Aufsatz macht die Volkszeitung des langen und breiten Ausführungen über die Maßnahmen des Ministers, spricht von Takt und Anstandsgefühl gegenüber der bestehenden Staatsform, verlangt dankbare Anerkennung dafür, daß durch das Einschreiten des Ministers die Siegener ihr Schützenfest nicht unter einer Mörderfahne haben zu feiern brauchen, und freut sich, daß dank der Berliner Maßnahmen „das Fest in seinem Charakter auf den eigentlichen Kern eines echten Schützenfestes zurückgeführt worden sei und die beabsichtigten nationalistischen Tendenzen fast gänzlich unterblieben seien". Über eins aber schweigt sich der Aufsatz aber wohlweislich aus und das ist die Frage, woher der Minister von dem Siegener Schützenfest gehört, wer ihm dies als ein staatsgefährliches Unternehmen und unsere Schützenbrüder als Gesellen geschildert hat, durch deren Treiben der Bestand der Republik gefährdet werde. Denn dies müssen die Gründe gewesen sein, die den Minister zu seinem Vorgehen veranlaßt haben. Man geht in der Annahme nicht fehl, wenn man den Angeber und ministeriellen Gewährsmann in der Schreibstube der Volkszeitung sucht, wo ja auch der berüchtigte, gegen das Siegerland gerichtete Sudelartikel, der in seiner geistigen Armseligkeit eigentlich nur den Fluch der Lächerlichkeit verdient, ausgeheckt worden ist. Der Herr Skribifax von der Volkszeitung kennt sich jedenfalls im Siegerland noch schlecht aus, wenn er glaubt, dadurch für seine Ziele werben zu können, daß er uns die Freude an einem althergebrachten Volksfest zu verekeln sucht. Erst recht hat man hier kein Verständnis für die Beschimpfung der schwarz-weiß-roten Flagge, unter der unsere Väter die Reichseinheit erstritten haben. Dies soll sich auch unser demokratischer Reichstagsabgeordneter gesagt sein lassen, der nach dem Bericht der Volkszeitung am 27. 6. auf dem Siegener Marktplatz unsere alten Reichsfarben mit dem Ausdruck **Schandlappen** belegt hat. Mit dem Herrn Skribenten von der Volkszeitung wollen wir nicht viel rechten; im Reichstag ist ja die Bezeichnung „Mörderfahne" gang und gäbe, und in der Provinz muß man als echter Sozialdemokrat doch das wiederkauen, was die Berliner Großbonzen vorgekaut haben. Von dem Abgeordneten Ziegler, als einen Mann, der auch in bürgerlichen Kreisen als Politiker ernst genommen werden will, hätten wir jedoch eine derartige Entgleisung nicht erwartet. Zum Schluß noch ein kurzes Wort zur Volkszeitung. Ihre Schreibweise läßt an Deutlichkeit und Offenherzigkeit nichts zu wünschen übrig. Als Kostproben aus dem Aufsatz, der den Anstoß zu unseren Ausführungen gegeben hat, seien angeführt: Latrinengerüchte, widerliche Heuchelei, frech und dreist, Geschmeiß, Niederträchtigkeit, Lug und Trug und dergleichen mehr, alles Ausdrücke, die auf politische oder gewerkschaftliche Gegner der Volkszeitung gemünzt sind. Wir glauben daher, daß der Schriftleiter an seiner Aufgabe irre geworden ist. Er soll, wie er sich berühmt, für die Proletarier des Siegerlandes schreiben; die geistige Kost, die er verzapft, deckt aber nur den Bedarf eines Proleten.

Wie steht die Deutsche Volkspartei zur Landwirtschaft?

Aus zwei großen Gesichtspunkten ist die Deutsche Volkspartei für eine besondere Berücksichtigung der Landwirtschaft innerhalb unseres Staatswesens eingetreten:

Landwirtschaft.

In einer blühenden Landwirtschaft und einem kräftigen, selbstbewußten Bauernstand sieht die Deutsche Volkspartei die wichtigste Grundlage deutscher Volkskraft. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Hebung der Erzeugung und damit die Unabhängigkeit unserer Volksernährung vom Auslande anzustreben.

1. **Die Landwirtschaft ist die Ernährerin unseres Volkes.**

2. **Die Landwirtschaft ist der physische und psychische Gesundbrunnen, der unserem Volke stets neue Kräfte zuführt, sie ist der Hort der besten Eigenschaften: Fleiß, Ehrlichkeit, Pflichtbewußtsein, Gottesfurcht.**

Unsere Finanzlage ist derartig, daß **nur unter den größten finanziellen Schwierigkeiten nennenswerte Mengen von Lebens- und Futtermitteln aus dem Ausland eingeführt** werden können. **Unser Ziel** ist daher, die Landwirtschaft so produktionsfähig zu machen, daß sie **das deutsche Volk aus eigener Scholle ernähren kann.**

1. Die Deutsche Volkspartei ist kraftvoll eingetreten für die **Aufhebung der Zwangswirtschaft.** Die Aufhebung der Kartoffel-, Fleisch-, Milch- und Zuckerzwangswirtschaft ist mit ihr Erfolg. Die Deutsche Volkspartei hat bei der Beratung des Getreideumlagegesetzes den Antrag auf freie Wirtschaft gestellt. In vielen Anträgen ist es ihr gelungen, die Härten des Umlagegesetzes bis zu einem gewissen Grad zu mäßigen. Sie wird sich weiter für die Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft einsetzen, denn nur über die freie Wirtschaft geht der Weg zur Höchstleistung.

2. Die Deutsche Volkspartei hat alle **Steuergesetze** bekämpft, die der Weiterführung der **Wirtschaft** schädlich sind. Die **Zugrundelegung** des **Ertragswertes** im Gegensatz zum gemeinen Wert bei den bestehenden Gesetzen ist mit ein Erfolg der **Deutschen Volkspartei.** Sie war es auch, die zuerst beantragte, in dem Vermögenszuwachssteuergesetz den gemeinen Wert, der dort vorgesehen war, durch den Ertragswert zu ersetzen, und es ist ihr besonderes Verdienst, daß dies bereits in der ersten Lesung des Entwurfs gelungen ist. Die Änderung des **Einkommensteuer**tarifs, die für die mittleren und kleinen Einkommen Herabsetzung der Steuer bis unter die Hälfte bringt, ist nach einem Antrag der Vertreter der Deutschen Volkspartei im Steuerausschuß erfolgt und ihrem geschickten Eintreten zu verdanken. Die Deutsche Volkspartei wird auch in Zukunft alle Steuerpläne (Goldzwangshypothek, Erfassung der Gold- und Sachwerte, Zugrundelegung des gemeinen Wertes), die auf eine Zertrümmerung der Wirtschaft hinauslaufen, bekämpfen.

3. Die Deutsche Volkspartei tritt ein für Versorgung der Landwirtschaft mit **reichlichen und preiswerten Dünge- und Futtermitteln.** Auf die Hebung der Produktion in der einheimischen Düngemittel-Industrie und damit auf die Senkung der Preise sowie auf die Einfuhr ausländischer Kraftfuttermittel ist von ihren Vertretern in den Parlamenten immer und immer wieder hingewiesen worden. Erfolgreich hat sie auf die Ermäßigung der phosphorsäurehaltigen Düngemittel hingearbeitet.

4. Die Deutsche Volkspartei tritt ein für Schutz **der Arbeit auf dem Lande, für Sicherung der Wirtschaft gegen Streiks.** Die Hineintragung des Klassenkampfes in die Landwirtschaft bedeutet den Ruin der Wirtschaft. Gemeinschaftsarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist grundlegend für die Landwirtschaft.

5. Die Deutsche Volkspartei ist bestrebt, der Landwirtschaft in **fachwissenschaftlicher Vorbildung** und

zwar auf allerbreitester Grundlage die Voraussetzung für intensivste Arbeit zu geben: Ausbau des Pflicht-Fortbildungsschulwesens, landwirtschaftlicher Unterricht an allen Schulen, Vermehrung der Winterschulen, Einrichtung von Beratungsstellen, Beobachtungswirtschaften, **Ausbau des Genossenschaftswesens** sind ein Teil der von ihr erstrebten Mittel hierzu.

6. Die Deutsche Volkspartei tritt unter besonderer Würdigung der berechtigten Wünsche des aufstrebenden Kleinbauern- und Landarbeitertums ein für **intensivste Siedelung** sowohl vom Standpunkt der **Mehrerzeugung** als auch von dem Gesichtspunkt, daß **ein starkes gesundes Landvolk der Gesundbrunnen** unseres Volkes ist.

7. Die Deutsche Volkspartei schützt mit allen Mitteln die Landwirtschaft **gegen offene und versteckte Sozialisierung.** Nur die private Wirtschaft garantiert Höchstleistung des Einzelnen wie der gesamten Landwirtschaft.

8. Die Deutsche Volkspartei hat die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, die Annahme des Londoner Ultimatums vom 10. Mai 1921, die Anerkennung des Genfer Beschlusses über die Abtretung Oberschlesiens **abgelehnt.** Nach ihrer Ansicht kann die deutsche Wirtschaft, und mit ihr auch die deutsche Landwirtschaft, die ihr durch die Entente aufgezwungenen Lasten **nicht tragen,** sondern wird durch die Feindbundforderungen **zum Siechtum verdammt** und zu dauernder Abhängigkeit vom Ausland verurteilt. Darum tritt die Deutsche Volkspartei im Interesse auch der Landwirtschaft und damit der Volksernährung unermüdlich für **Revision des Friedensvertrages, Milderung der der deutschen Wirtschaft auferlegten Lasten ein.**

Jugendpflege.

Die Deutsche Volkspartei tritt ein für einen tatkräftigen Ausbau der Jugendpflege unter dem Gesichtspunkt der **Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft.** Alles, was zur körperlichen, geistigen und sittlichen Ertüchtigung der Jugend dient, ist nachdrücklich zu fördern.

Dr. Stresemann an die Jugend.

Dr. Stresemann schreibt in der Jugendbeilage der „Zeit":

Unter dem Schlagwort der Persönlichkeitsentwicklung beginnt erneut die müde politische Resignation der Jugend, um Anhänger zu werben. Man appelliert an das Ich und fordert es auf, sich nicht unter die Fuchtel der Partei zu beugen. Man spricht davon, daß der Geist engherzig und träge werde, wenn er nicht mehr frei und ohne Parteischranken sich entfalten könne, und man stellt so überparteiliches Denken und Ungebundenheit der Jugend gewissermaßen als etwas Zusammenhängendes hin, eins ohne das andere nicht denkbar.

Es ist ein feines, aber tödliches Gift, das damit der Jugend verabreicht wird. Es gibt keine starke Persönlichkeit ohne Parteinahme zu den großen Fragen der Gegenwart. Wir stehen in der Welt unter dem Eindruck des größten Kampfes, den sie je gesehen hat und in dem es sich für jeden einzelnen darum handelt, zu den größten Fragen Partei zu nehmen, die bis heute nicht ausgekämpft sind. Der Kampf des Deutschtums um seine moralische Integrität, der Kampf gegen Lüge und Verleumdung nach außen und innen sind die Voraussetzungen für eine Zeit, von der wir doch alle erhoffen, daß sie uns einiges von der alten Kraft Deutschlands wiedergeben werde. Keiner kann diese Fragen einzeln lösen, er gehört nach der Stelle, wo er steht, hinein in die große Organisation, die mit Millionen Stimmen da spricht, wo die Stimme des einzelnen im Weltall verhallen würde. Wer in der Armee mitkämpfte, der gehört zum Kriegerbund und zu der Vereinigung seiner Regimentskameraden. Wer in die Fremde neu hinausgeht, der gehört zu der großen Organisation des Auslandsdeutschtums, das Schulter an Schulter mit uns gemeinschaftlich kämpfen muß. Wer in der Heimat ist, gehört zu der Partei, der er seinen Idealen nach am nächsten steht.

Familie.

Die tiefste Quelle unserer Volkskraft liegt in der deutschen Familie. Alles, was zum Schutz und zur Stärkung der Familie, insbesondere auch durch Boden-, Wohnungs- und Steuerpolitik getan werden kann, wird durch die Deutsche Volkspartei tatkräftigste Förderung erfahren.

Niemand verlangt von euch, daß ihr in der Partei eigenes Denken aufgebt, niemand verlangt von euch, daß ihr euch beugt vor der Meinung derer, die an der Spitze der Partei stehen. Kritisiert, kämpft, schafft euch euren eigenen Platz, sorgt, daß die Partei nicht überaltert, erweckt sie und durchtränkt sie mit neuen Ideen, die euch eigen sind. Schafft so den Zusammenhang zwischen wägender Vorsicht und kühnem Vorwärtsdrängen, aber seid euch dessen bewußt, daß ihr dem Vaterlande wenig dienen könnt, wenn ihr nicht da, wo euer Platz ist, mit anderen zusammen den Kampf in einer großen, geschlossenen Frontbreite aufnehmt. Die Partei ist das Instrument, um dem Vaterlande zu dienen, niemand kann dieses Instrument entbehren. Weil unsere Jugend im alten Deutschland so politisch saturiert und idealmüde war, hat sie die Führung abtreten müssen an diejenigen Kreise von links, die ihnen damals als eine auch parteimäßig ideal begeisterte Jugend gegenüberstanden. Deutschland ringt als wieder werdende Macht um seinen Platz unter den Völkern, ringe du, deutsche Jugend, um deinen Platz innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. Entäußere dich nicht deiner Persönlichkeit und deines Eigenlebens, um in ein Schema aufzugehen. Sei aber auch dessen bewußt, daß niemand zu groß ist, als daß er nicht im Schicksalskampf seines Volkes nach innen und außen sich einzuordnen habe hinter der Fahne, die mit ihm Millionen anderen gemeinsam Symbol ist und sein soll.

Schule und Volksbildung.

Die Deutsche Volkspartei fordert die nationale Einheitsschule und die Beibehaltung des Religionsunterrichtes in den öffentlichen Schulen nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften unter Wahrung voller Gewissensfreiheit.

Die Lehrerbildung ist aus ihrer Sonderstellung zu lösen und in den großen Zusammenhang des gesamten nationalen Bildungs- und Erziehungswesens einzufügen.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat auf eine Einladung des Zentrums beschlossen, sich grundsätzlich mit dem Eintritt in die Verhandlungen für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft einverstanden zu erklären Es soll aber dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, auch die Bayerische Volkspartei zu diesen Verhandlungen heranzuziehen

Der Vorwärts gibt sich bereits in seiner Sonntagsausgabe alle Mühe, eine solche Arbeitsgemeinschaft als ein Wiederaufleben des alten Bürgerblocks gegen die Sozialdemokraten hinzustellen. Diese Auffassung ist mit der Entwicklung, die zu der Erörterung dieser Arbeitsgemeinschaft geführt hat und mit deren Inhalt selbst nicht in Einklang zu bringen. Die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängigen haben durch den Abschluß ihrer Arbeitsgemeinschaft das Gewicht ihrer Mandate außerordentlich verstärkt. Wenn der vorläufig nur taktische Zusammenschluß aller sozialdemokratischen Mandate sich ohne Gegengewicht auswirken könnte, so müßten die Mandate der bürgerlichen Regierungsparteien vollkommen in den Hintergrund gedrängt werden. Deshalb wäre die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft nicht etwa, wie der Vorwärts höhnisch meint, ein Nachplappern und Nachhinken, sondern eine notwendige Maßnahme, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft würde alle diejenigen Kräfte auf bürgerlicher Seite umfassen, die im positiven Schaffen am Wiederaufbau mitwirken wollen. Sie wäre keine Kampfgemeinschaft gegen die Linke, sondern im Grunde genommen nichts weiter als die Übertragung der großen Koalition auf das parlamentarische Gebiet des Reichstags.

Arbeitsgemeinschaft.

Die Deutsche Volkspartei sieht die Lösung der sozialen Frage nicht in äußeren Formen des Wirtschaftslebens, die mit erhöhtem Zwang nur seine Leistungsfähigkeit mindern, sondern in der innerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen und **der sittlichen Ueberwindung aller Gegensätze** zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen, zwischen Stadt und Land, Unternehmern und Mitarbeitern. Sie tritt für ein friedliches Zusammenarbeiten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein.

In der Kabinettsbildung ist die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft bisher nicht durchführbar gewesen, weil die Sozialdemokraten der sogenannten Koalition Widerstand geleistet haben, wie denn auch die Fraktionsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Kabinett nicht in die Erscheinung getreten ist, weil sich die anderen Koalitionsparteien gegen eine einseitige Erweiterung nach links zur Wehr setzen. Im Parlament aber hat sich der Gedanke jetzt so weit durchgesetzt, daß die bürgerlichen Regierungsparteien beabsichtigen, nur im Einverständnis mit der Deutschen Volkspartei ihre Entschließungen zu treffen. Wenn die Sozialdemokraten im Parlament diesen Koalitionsgedanken anerkennen, so ist keineswegs nötig, daß nunmehr ein Gegensatz zwischen rechts und links aufklafft, sondern dann ist wenigstens im Parlament selbst die Grundlage für eine breite Mehrheitsbildung geschaffen. Ob diese neue Grundlage geschaffen oder die bisherige zertrümmert wird, hängt lediglich von den Sozialdemokraten ab. Wollen die Sozialdemokraten aus den Arbeitsgemeinschaften Kampfgemeinschaften machen, so sind sie auch allein für die Folgen verantwortlich.

Rechtspflege.

In einer unabhängigen, lediglich auf Gesetz und Gerechtigkeit gegründeten Rechtspflege erblickt die Deutsche Volkspartei den Grundpfeiler staatlicher Ordnung.

Aus der Partei.

Für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Die Reichstagsabgeordneten Thiel, Dr. Stresemann und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen (Witwen, Waisen, Eltern) leiden große Not. Die ihnen zustehenden Renten sind völlig unzureichend, zumal bei der heutigen Teuerung. Aus den bekanntgewordenen Äußerungen der Reichsregierung ist nicht die Absicht erkennbar, die Rentenleistungen hinreichend zu verbessern. Geschieht das aber nicht bald, dann wird die Notlage der Kriegsbeschädigten unerträglich sein. Wir fragen deshalb an: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um den Versorgungsberechtigten eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht werdende Versorgung zu gewährleisten. Ist sie insbesondere bereit, bei den kommenden Beratungen über die Schaffung neuer Einnahmequellen für die Reichskasse auch auf die Verbesserung dieser Verordnung entstehenden Mehrausgaben Rücksicht zu nehmen.

Kriegsschäden.

Weitgehende Fürsorge für alle Krieger, insbesondere für die Kriegsbeschädigten, sowie für die Hinterbliebenen unter Berücksichtigung ihrer früheren Lebenshaltung ist selbstverständliche Ehrenpflicht des Reiches.

Der geschäftsführende Ausschuß des Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd

hat nachstehende Berufs- bezw. Fachausschüsse eingesetzt:

1. Privat-Angestellten-Ausschuß.
   Vorsitzender: Stadtverordneter Kamp, Hagen, Hochstraße 114.
2. Schulausschuß.
   Vorsitzender: Rektor Surmann, Bochum, Reichshof.

Bevölkerungspolitik.

Die Volksgesundheit, leiblich und sittlich, zu pflegen und zu fördern, ist der Deutschen Volkspartei ernste Pflicht. Sie will das deutsche Volk deutsch erhalten und bekämpft daher insbesondere die seit der Revolution eingetretene Überflutung Deutschlands durch fremdstämmige Personen.

3. Beamtenausschuß.
   Vorsitzender: Gymnasialdirektor Dr. Wenderoth, Dortmund, Luisenstraße 17.
4. Kleingewerbeausschuß.
   Vorsitzender: Kürschnermeister Wurm, Lüdenscheid.
5. Landwirtschaftlicher Ausschuß.
   Vorsitzender: Landwirt E. Lange, Bensingsen b. Soest.
6. Arbeiter-Ausschuß.
   Vorsitzender: Arbeitersekretär Karl Schneider, Wahlbach, Kr. Siegen.
7. Kommunalpolitischer Ausschuß.
   Vorsitzender: Justizrat Windthorst, Hamm, Stiftstraße 12.
8. Industrie-Ausschuß.
   Vorsitzender: Fabrikant Oskar Funke, Hagen, Konkordiastraße 26.

Stimmenzuwachs resp. -rückgang der einzelnen Parteien

während der Reichstagswahl am 6. Juni 1920.

Partei	1919	1920	Zu- bezw. Abnahme
Deutschn. Volkspt.	2577840	3691512	+ 1113672
Deutsche Volkspt.	1480406	3651582	+ 2171176
Dt. demokr. Partei	4975799	2202343	— 2773456
Zentrum	5275132	3540830 1171722	— 562580
Sozialdem. Partei	10341418	5614456	— 4726962
Unabh. soziald. Pt.	2183411	4895317	+ 2711906
Kommunisten	—	441995	+ 441995
Sonstige	687927	807842	+ 119915

Die Bayerische Volkspartei ist bei dieser Wahl getrennt gegangen.

Der prozentuale Stimmenzuwachs resp. -verlust der Parteien.

Deutsche Volkspartei	+ 146,66	Proz.
U. S. P.	+ 124,20	„
Deutschnationale Volkspartei	+ 43,20	„
Sonstige Parteien	+ 17,43	„
Zentrum	— 10,66	„
S. P. D.	— 45,70	„
Deutsche demokratische Partei	— 55,74	„

Die Mitglieder des Preußischen Landtages im Wahlkreis Westfalen (Süd).

Gymnasialdirektor Dr. Otto Boelitz, Soest i. W. Bruderstraße 37.
Kaufmann Heinrich Engberding, Münster, Herwarthstraße 14.
Syndikus baugewerblicher Verbände Dr. R. Grundmann, Hagen, Hochstr. 45.
Pfarrer Theodor Meyer, Herford, Eimterstr. 7.
Bergrat Rudolf Seidel, Düsseldorf, Malkastenstr. 8.
Lehrerin Frl. Anny v. Kulesza, Berlin-Lichtenberg II, Möllendorffstr. 86.

Die Mitglieder des Kreistages des Kreises Siegen.

Direktor Friedrich Jütte, Geisweid b. Siegen, Moltkestr. 11.
Arbeitersekretär Karl Schneider, Wahlbach bei Burbach.
Buchbindermeister Wilhelm Lemke, Siegen, Lösestraße 39.
Stadtverordnetenvorsteher Jacob Kreutz, Siegen, Koblenzerstraße 37.
Amtmann Ernst Ebberg, Kreuztal, Kr. Siegen, Kaiserstraße 34.

Die Mitglieder des Kreistages im Kreise Wittgenstein.

Jakob Weiß, Metzger und Landwirt, Laasphe.
Hardt, Bäcker und Landwirt, Berleburg,
Wilhelm Borghaus, Kaufmann, Schameder.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Deutsche Volkszeitung
Geschäftsstelle:
Siegen, Brüderweg 1
Fernruf 1442.

100000
Kilowattstunden
jährliche Stromersparnis
durch den Einbau unserer selbsttätigen
Leerlauf-Anlassvorrichtung
(System Ibach) für Kompressoren, Akkumulatoren u. Pumpen.
Hundt & Weber G. m. b. H. Geisweid (Kreis Siegen)

Aktiengesellschaft Charlottenhütte
Abt. Eichener Walzwerk Kreuztal (Kreis Siegen)
liefert
Blecharbeiten aller Art
verzinkt, verbleit, schwarz
Behälter, Boiler, Rohrleitungen, Wetterlutten,
Kohlenrutschen, Kippmulden, Förderhunde usw.
Transportfässer, Wellblechschuppen
Dreh- u. Schiebetore, Rinnen u. Abfallrohre.

Peter Jensen
Maler-, Anstreicher- und Lackierermeister
Fernspr. 86 Kreuztal Roonstr. 4
Anfertigung sämtlicher
Maler-, Anstreicher- u. Lackier-Arbeiten
Geschmackvolle, moderne Herstellung
Tapeten, Farbwaren, Bohnerwachs u. Fußbodenlackfarben.

Apparatebau-, Stampf- und Walzwerksgesellschaft m. b. H., Siegen,
Telegramm-Adresse: Apparatebau. — Fernruf 193.

Autogenes Schweißwerk

Blecharbeiten aller Art, Rohrleitungen, Behälterbau.

Homrich & Co.
Freudenberg b. Siegen
Fernruf Nr. 61.
Großhandlung in Ölen und Fetten.

Heinr. Autschbach
Tel. 518 Weidenau-Sieg Tel. 518
General-Vertreter
der „Nordstern" Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Transport-Versicherung Berlin-Schöneberg
Vertreter
der Oelwerke Stern-Sonneborn A.-G., :: :: Hamburg, Berlin, Köln. :: ::

Lebens- und Futtermittel
empfiehlt
Bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft e. G. m. b. H.
Kreuztal (Kreis Siegen)
Fernsprecher Nr. 20.

Rechnen Sie elektrisch!



mit der
selbsttätig arbeitenden
MERCEDES-EUKLID
Verlangen Sie Prospekt E 1
Jacob Müller, Siegen,
Fernruf 755. Koblenzer Straße 31

Albert Bald
Kreuztal, Kr. Siegen
Fernruf Amt Kreuztal 104 und 71 (privat).
Holz- und Baumaterialien-Großhandlung.

Wilhelm Buschmann
Bahnhofswirtschaft
Kreuztal, Kreis Siegen.
Bestgepflegte Biere u. Weine
Gute bürgerliche Küche.

J. G. R.

Stabeisen
Bandeisen
Träger
Röhren
Bleche
Fittings
Armaturen
Metalle
Kanalisationsguß
Kleineisenwaren
Draht
Werkzeuge
Landwirtschaftl. Geräte
Haus- u. Küchengeräte
Oefen und Herde

J. G. Reichwald
G. m. b. H., Siegen.

Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf
Kreis Siegen
liefern:
Zahnräder
Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

Hch. Demandt
Ferndorf, Kr. Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 153
Fuhrgeschäft und Hauderei.



Übernahme aller Transporte

Aug. Löhr Wwe.
Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 194
Bauklempnerei und Installationsgeschäft.

Herstellung von Feilen aller Art
Aufhauen stumpfer Feilen
Lieferung von Metallsägen jeder Schattung.
Gegr. 1875.
Feilenfabrik und Schleiferei
Wilhelm Hähn
G. m. b. H., Ferndorf.

Carl Rath.
Baugeschäft u. Baumaterialienhandlung
Kreuztal, Kr. Siegen. Fernruf 140 Amt Kreuztal.
Ausführung sämtlicher Maurerarbeiten Wohn- und Industriebauten.

Ewald Siebel
Gasthof zum Bahnhof Ferndorf
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 136.
Krombacher Pilsener u. Lagerbier.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Heinrich Schuss

Siegen

Manufaktur- u. Modewaren
Wäsche- u. Bettengeschäft.

Feldmann & Münker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen

bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Restauration

Georg Aßmann

Neunkirchen, Bez. Arnsberg.
— Telephon Nr. 63. —
Ständiger Mittagstisch von 12—2 Uhr.
Ausschank von Siegener Aktien-Bier und Würzburger Hofbräu.
Fremdenzimmer zu jeweiligen Tagespreisen.
Neuestes Hupfelds Salon-Orchester.

M. Stern Aktiengesellschaft

Essen

Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.

Schrottbedarf aller Art. | Bleche aller Art. | Nutzeisen.

Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.

Vertreter:
Fritz Henk, Kreuztal, Kr. Siegen, Bismarckstraße 79.
Fernruf 131 Amt Kreuztal.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Jacob Sarx Inh.: **Karl Sarx**

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::

Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.
Wäscherei „auf Neu"
für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen.

Schuss-Schneider & Co.
Siegen.

Ältestes Spezialhaus
für Damenbekleidung

Stoffe aller Art.

Konfektion.

Arbeitsstuben für elegante
Massanfertigung.

Alfred Holländer

Freudenberg (Kreis Siegen)

Fernruf Nr. 11.

Stab- und Formeisen
Bedarfsartikel für Schmiede
und Schlosser
Schmiede-Einrichtungen
Haus- und Küchengeräte
Kohlen.

J. H. Kurth, Kreuztal

Karbid-Großhandlung

Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen

der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.

Maschinenbau-Actien-Gesellschaft
vormals
Gebrüder Klein
gegründet 1834 **Dahlbruch** gegründet 1834

Fernsprecher:
Amt Siegen Nr. 11, 1886, 1887, 1888, Amt Hilchenbach Nr. 20 u. 40, Amt Kreuztal Nr. 77

liefert

Walzwerke jeder Art und Größe, mit allen Hilfsmaschinen
Kaltwalzwerke für alle Metalle, mit Hilfsmaschinen
Großgas- und Dampfmaschinen, Dampfhämmer
Beizen, Pressen, Kompressoren.

Jakob Zacharias,
Kreuztal, Kreis Siegen.
Fernruf: Amt Kreuztal Nr. 168.
Herren- und Damenschneiderei.
Lager in Stoffen.

Schlackensteine
können wieder abgegeben werden
Aktiengesellschaft
:: Charlottenhütte ::
Abteilung Cöln-Müsen
Kreuztal, Kreis Siegen.

Schneider & Co.
Kommanditgesellschaft
Eisen- und Blechwarenfabrik
Freudenberg, Kr. Siegen
Fernspr. 128 Freudenberg.

Robert Beichler
Lederleimfabrik
Freudenberg, Kr. Siegen
Fernsprecher 51 Freudenberg.

Stahl & Siebel
Freudenberg, Kr. Siegen.
Spezialitäten:
Sohl- und Oberleder
Eichen- und Fichtenlohe
Lederleim
Juteerzeugnisse.
Fernsprecher Nr. 2 Freudenberg.

Johannes Schmeck & Co.
Fabrik feuerfester Produkte für die Eisen- und Stahlindustrie
Geisweid in Westf.
Telephon Nr. 237.

Otto Kolb, Baugeschäft
Littfeld, Kreis Siegen.
Fernruf: Amt Kreuztal Nr. 57.

Anfertigung von
Zimmerarbeiten jeglicher Art
für
Industrie- und Wohnungsbauten.

Freudenberger Leimfabrik
G. m. b. H.
Lederleimfabrik
Freudenberg, Kr. Siegen
Fernsprecher Nr. 33 Freudenberg.

BARMER BANK-VEREIN

Hinsberg, Fischer & Comp.

SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Metallguß

jeder Art

in Rotguß, Phosphorbronze und **hochwertigen Spezial-Legierungen** für besonders beanspruchte Stücke; **säure- und laugebeständiger Guß;**

Besonderheit

Elektrobronze

nach dem patentierten Dommeldinger Verfahren, insbesondere für **Motorlager.** Lieferuug aus eigenen Metallbeständen sowie **Umarbeitung einzusendenden Altmetalls im Elektro-Ofen** in Blöcke und Abgüsse.

Handt & Weber

G. m. b. H.

Geisweid, Kr. Siegen.

Robert Schuß

Markt 3|5 **Siegen** Markt 3|5

Großes Spezialgeschäft für

Manufakturwaren
Betten und Bettwaren
Damen- und Kindermäntel

Buchdruckerei G. Steinhaus

— Fernsprecher Nr. 477 — Siegen Kölner Str. 2 (Axeswende)

Anfertigung aller Drucksachen.

Ludwig Pfaff
Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation
Hüte, Mützen, Schirme.
Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker
Siegen
Fernruf 890. — Marburger Str. 10/12.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 **Eisenbahn-Baugeschäft** Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Zentral-Heizungen

Sanitäre Einrichtungen für alle Zwecke liefert in bewährter Ausführung

Otto Wengenroth, Siegen

Gegründet 1879. Telephon Nr. 591.

Gerling-Konzern

Aktien-Kapital 500 000 000 M.

Feuer-, Automobil-, Haftpflicht-, Unfall-, Einbruchs-Diebstahl-, Aufruhr-, Reisegepäck-, Transport- und Lebensversicherungen.

Beratung unentgeltlich in allen Versicherungsfragen.

Robert Gerling & Co., G. m. b. H.,

Stadtbank **Siegen** Teleph. 1386

Geschäftsführer: **Dr. Fritz Theiß.**

Theob. Pfeiffer Nachf.

Siegen — Kölner Straße

unterhalten das größte Lager in

Herren- u. Knabenbekleidung

Lieferanten feiner Maßbekleidung.

Eiserfelder Chamotte- und Silikawerke G. m. b. H.

Eiserfeld-Sieg

Verwaltung Weidenau-Sieg.

Telephon Nr. 518 und 608.

Hochfeuerfeste Chamotte- und Silikasteine für Kupol-, Flamm-, Schweiß- u. Tiegelschmelzöfen.

Gittersteine für Cowperapparate.

Sämtliche feuerfesten Steine für Stahlwerke.

Spezialität:

Kanal-Pfannen, Gittersteine, Trichter und Röhren etc. etc.

Heinr. Stöcker Zweigniederlassung Siegen

Unternehmung für Hoch- und Tiefbau, Eisenbetonbau, Wasserbau, Schacht- und Stollenanlagen

Stammhaus Köln-Mülheim, gegr. 1840 **Fernsprecher 1449.**

Malz und Hopfen gibt gute Tropfen!

Trinkt nirgendswo Bier!